



Die Zeitung zum BUKO 25 - Kongress
Frankfurt / Main, Uni Bockenheim, 9. – 12. Mai 2002

TATORT GLOBALISIERUNG

KONGRESS

Internationalismus nach Seattle, Genua und dem 11. September

Tatort Globalisierung

Wo Macht ist, ist auch Widerstand

-- AUS DER BUKO 25-VORBEREITUNGSGRUPPE

Tatort Globalisierung: »Auch in der Welt der Wirtschaft gilt Darwins Naturgesetz ›Survival of the fittest‹. Wir beraten Sie gern beim Aktienumtausch«. So warb vor kurzem »Ihre Beraterbank – die Dresdner Bank« mit ganzseitigen Anzeigen um neue Kundschaft. Es geht ums Überleben. Da gibt es »feindliche Übernahmen«, Firmen werden von anderen »geschluckt« und »Kredithaie« beuten ihre Schuldner aus.

Wenn nur die Stärksten überleben, gibt es notwendigerweise auch Opfer. Nach Ansicht der Dresdner Bank sind das all jene, die keine Aktien zum Umtausch haben. Man kann die Messlatte auch ein bisschen tiefer hängen: Opfer sind jene, die an der freien Entfaltung ihrer Bedürfnisse gehindert werden. Viele, die nicht zu den »fittest« gehören, können nicht überleben, werden verbucht als Kollateral-

schäden »der Wirtschaft« und kommen zu meist aus den Ländern des Südens.

Es handelt sich heute um eine globalisierte Wirtschaft, die neoliberal verfasst ist, d.h., dass in der globalisierten Weltwirtschaft kein anderes Gesetz zu gelten scheint als das des Marktes und damit das Gesetz des Profits. Neoliberale Globalisierung meint also immer auch kapitalistische Globalisierung. »Der Markt, der Markt, der Markt hat immer recht«, mit dieser Parole fordern die »fittest« den Abbau aller Schranken, die sie am Erzielen noch größerer Profitraten hindert.

Der Begriff Globalisierung meint auch die wohlstandschauvinistische Abschottung vor MigrantInnen, die durch die Globalisierung erst produziert werden. Er meint z.B. ein Zuwanderungsgesetz, das Menschen nach den Kriterien der ökonomischen Verwertbarkeit

einteilt und die patriarchale Ausbeutung von Frauen in den Maquiladoras und den globalen Handel mit Frauen nicht nur in der Prostitution. Globalisierung meint auch das »Benchmarking«, die Suche nach immer neuen Rationalisierungsreserven, meint die Streichung von Sozialleistungen und Sozialeinrichtungen, weil die Steuereinnahmen von Kommunen von transnational agierenden Konzernen trotz gestiegener Gewinne gen Null tendieren. Und er meint schließlich den Zugriff auf Menschen als Rohstofflager und Ressource für die biopolitischen Träume von Wissenschaft und Industrie.

Tatort Globalisierung: Der Prozess der neoliberalen Globalisierung vollzieht sich auch direkt vor unserer Haustür. Er ist bei der Säuberung
[Fortsetzung auf Seite 2]

Einladung zur Bewegung

-- DIE REDAKTION

Spätestens mit den Protesten in Seattle 1999 wurde offenbar, dass ein breiter Protest in den Industriemetropolen nicht nur möglich ist, sondern die versteinerten Verhältnisse auch zum Tanzen bringen kann. Es folgten: Davos, Prag, Göteborg und schlussendlich Genua im Sommer 2001. Sie allesamt gelten als Synonyme eines weltweiten vielstimmigen Aufbruchs massenhafter und militanter Verweigerung gegenüber dem globalisierten Kapitalismus und seiner desaströsen Auswirkungen. Eine Bewegung, die auch durch die Angriffe am 11. September und den NATO-Krieg der USA ihre Dynamik nicht verloren hat. Das bewiesen – auf europäischer Ebene – nicht nur die folgenden Mobilisierungen nach Brüssel und München, sondern manifestierte sich auch durch die eindrucksvolle Präsenz von 50.000 Menschen auf dem 2. Weltsozialforum in Porto Alegre im Februar diesen Jahres.

Die praktische Kritik an den herrschenden Verhältnissen befindet sich wieder im Anfangsstadium. Die Losung »Eine andere Welt ist möglich!« hat in den Augenblicken der unmittelbaren Aktion und der emphatischen Massenmobilisierung das scheinbar geschlossene Universum der Unterdrückung aufreißen können. Und doch gibt es den Unterschied zwischen einer Zeit, in der es vernünftig ist zu reden, und einer Zeit, in der es vernünftig ist zu handeln. Was der Bewegung und ihrer Revolte durch die verstärkte Unterdrückung und die Konzentration der zerstörerischen Kräfte

in den Händen der Mächtigen aufgezwungen wurde, muss für ihre Reflexion und Re-Organisation genutzt werden. Mehr denn je brauchen wir Strategien, um das reaktionäre Rollback der »Achse des Guten« zurückzudrängen und Räume der Autonomie zu verteidigen und weiterzuentwickeln.

Dafür scheint es uns notwendig, die Auseinandersetzungen über Formen und Inhalte radikaler Systemkritik von Anfang an als gemeinsamen Prozess eines vielstimmigen Protests zu begreifen. Fragen gibt es genug: Was bedeuten heute »Alternativen«, wie werden Forderungen entwickelt, welche Bündnisse geschlossen? Wo liegen Gefahren etwa im Umgang mit den Medien, mit den Staatsapparaten, mit der trügerischen Illusion, den »Raubtierkapitalismus« zu »zähmen«? Wie können wir eine gemeinsame widerständige Basis finden, ohne auf festschreibende und ausschließende Identitäten zurückzugreifen? Wie finden wir etwas Besseres als die Nation?

Der neue Name des BUKO findet hier sein programmatisches Motiv: von dem »Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen« zu der »Bundeskoordination Internationalismus«, was nichts anderes heißt als die gewollte Öffnung hin zum direkten Austausch einer sich offen antikapitalistisch, undogmatisch radikal und bewusst internationalistisch verstehenden Bewegungslinien in Deutschland. Angesichts der zunehmenden Bedeutung der Proteste sind Foren zur Klärung in-

haltlicher, strategischer, organisatorischer oder bündnispolitischer Fragen notwendiger denn je. Denn nicht erst Genua zeigte, dass sich die Herrschenden variantenreiche Antworten einfallen lassen, von der offenen Repression über die Delegitimierung bis zur Ko-optation. Gerade auch in Deutschland. An diesem Ziel will sich die BUKO künftig messen lassen – und setzt optimistisch auf eine massenhafte Teilnahme aus allen Spektren der Bewegung auf ihrem Kongress in Frankfurt/Main.

Emanzipative Gesellschaftsveränderung fängt nie beim Staat und auch nicht bei Parteien oder NGOs, sondern in sozialer Bewegung an. Der BUKO 25 will dazu Anregungen, Irritationen und Möglichkeiten des Austauschs liefern – für kleine und große subversive Praxen in lokalen Gruppen und Verbänden, in der Schule, im Betrieb und Studium, im Stadtteil und, why not, in der NGO-Arbeit. So gibt es Gründe genug, auf dem BUKO-Kongress zusammenzukommen, um intern in der Absicht zu streiten, nach außen – wenn es gegen die Apologeten des Neoliberalismus geht – besser Widerstand leisten zu können.

Wir hoffen, folgende Vor- und Einblicke machen euch neugierig. Auf euer Kommen und Mitdiskutieren freuen wir uns. Weitere Infos über Kongress und BUKO findet ihr unter www.buko.info

Inhalt

— 2

Unterstützer / Mitveranstalter
BUKO-Adressen
Impressum

— 3

Zwölf Thesen über
Anti-Macht (John Holloway)

— 4–5

PROGRAMM
ARBEITSGRUPPEN

— 6

Wege aus der Sackgasse?
Überlegungen zur Podiumsdiskussion über den Nahostkonflikt (Sabah Alnasseri und Christian Stock)

Über die Notwendigkeit
eines transnationalen
Pazifismus

Warum Friedenspolitik
eine revolutionäre Aufgabe
ist (Christian Axnick)

— 7

Fundamentalismen der
kapitalistischen Moderne
(Gazi Caglar)

Die andere Seite der
e-Revolution

Secrets of Silicon Valley

Vorschlag zu einer europa-
weiten Sozialen Befragung
im Jahr 2004

— 8

Nichts mehr gegen Kuba
Interview mit Verónica Gago
und Diego Stulwark vom
Colectivo Situaciones aus
Buenos Aires

Anmeldung und
Information

[Fortsetzung von Seite 1]

der Innenstädte vom unansehnlichen »Gesinde« präsent. Heute versteht sich jede Stadt als globale Wettbewerbsstadt, die potentiellen Investoren ein attraktives Umfeld zu schaffen hat. Deshalb werden diese so herausgeputzt, »dass Umweltverschmutzung zur letzten Hoffnung wird« (Heiner Müller).

Es gibt viele Tatorte – und viele Täter. Sie bewegen sich in ihren Netzwerken wie Fische im Wasser. Wenn die Sherlock Holmes dieser Welt glauben, die Täter verfügen über eine Hauptzentrale, die man einfach attackieren kann, so irren sie sich. Wer das glaubt, dem/der wird es so ergehen wie Don Quichotte in seinem Kampf gegen die Windmühlen.

Tatort Globalisierung: Neoliberale Globalisierung ist ein sozialer Prozess, kein Automatismus. Das festzustellen ist wichtig, weil uns scheinbar schlaue Köpfe immer noch vom Gegenteil überzeugen wollen. Dieser Prozess wird von klar bestimmbar Akteuren vorangetrieben. Es sind die transnationalen Konzerne, die Militärapparate, die supranationalen Institutionen wie IWF, Weltbank oder WTO und die jeweiligen Regierungen, die diesen Prozess moderieren und forcieren. Es ist deshalb ein Ammenmärchen, wenn die Finanzminister der sieben mächtigsten Staaten behaupten, dass die Globalisierung nach Regeln funktioniert, »die sich weitgehend der politischen Kontrolle entziehen.« »Die Politik« steht »der Weltwirtschaft« jedoch nicht hilflos gegenüber, wie uns auch VertreterInnen des modernisierten rot-grünen Global Governance-Diskurses glauben machen wollen. Ihre VertreterInnen behaupten, die Globalisierung würde die Steuerungskapazität der Nationalstaaten überfordern. Das Gegenteil ist richtig: Noch nie wurde soviel reguliert wie heute – siehe die Grenz- und Kontrollregimes an den EU-Außengrenzen und Flughäfen, die Regulierungen in der WTO zur Biodiversität, zu den Dienstleistungen und dem geistigen Eigentum u. v. a. Nicht der Verlust der Regulierungsfähigkeit ist das Problem, sondern die weitreichenden Regulierungen zugunsten einer neoliberalen Weltwirtschaft.

Der neoliberale Kapitalismus bedarf zu seiner Absicherung nicht nur der ökonomischen, sondern auch der militärischen Gewalt, weltweit. Sie dient nicht der Bekämpfung des »islamistischen Terrorismus«, sondern in erster Linie der Absicherung der Rohstoffressourcen und der Verhinderung unerwünschter Flüchtlingsströme. Schon die letzten Jahre waren von einer rasanten Militarisierung der Außenpolitik gekennzeichnet – angeblich zum Schutz der Menschenrechte, neuerdings zu dem der Frauen oder zur Verhinderung eines »neuen Auschwitz«.

Zur Erinnerung: Es geht heute um das »survival of the fittest«! (Dresdner Bank), aber auch um die Zurichtung der Köpfe, und nicht, wie viele VertreterInnen der Zivilgesellschaft immer noch hoffen, um die Verwirklichung einer Weltzivilgesellschaft oder eines planetarischen Weltgesell-

schafts- und Weltbeglückungsvertrags. Zur ideologischen Hegemonie gehört aber auch die Akzeptanz der Behauptung, dass es zur neoliberalen Globalisierung keine Alternative gibt. Das Denken in Interessen, in Macht- und Herrschaftsverhältnissen wurde nach dem Epochenbruch von 1989 für obsolet erklärt. Vor allem die VertreterInnen der lobbyistischen Nichtregierungsorganisationen (NGO) versuchen »die Wirtschaft« davon zu überzeugen, dass es in ihrem eigenen »wohlverstandenen Interesse« läge, weltweit eine sozialere und ökologischere Politik zu machen.

»Nachhaltige Entwicklung« hieß das Label, unter dem diese Münchhauseniade verkauft wurde. Alles war nur noch eine Frage des richtigen Handlings, von Effizienz und Suffizienz. Durch die UN-Konferenzen der 90er Jahre erhielt dieses auf Dialog und Kooperation orientierte Denken massiven Zulauf. Der Verhandlungssaal und die Runden Tische waren das bevorzugte Terrain der Lobby-NGOs. Mit dem Ausblenden der Herrschaftsförmigkeit wurde der Wille zum Selbstbetrug und die Erotisierung der Langeweile zum Markenzeichen dieses Politiktypus. Hätten sie nur auf die Dresdner Bank gehört.

Tatort Globalisierung: Wo Macht ist, ist auch Widerstand, schreibt Foucault. Der Lobbyismus markiert nicht das Ende der Geschichte. Inspiriert u. a. durch den vielschichtigen Widerstand der Zapatistas im mexikanischen Bundesstaat Chiapas formierte sich ab 1994 eine neue Protestbewegung. Sie war Ausdruck der Suche nach neuen Protestformen und nach grundlegenden gesellschaftlichen Alternativen. Es bildeten sich Netzwerke, Plattformen und Organisationen – eine autonome internationale Bewegung, die in dem »Battle of Seattle«, den Aktionen gegen die WTO 1999, ihren ersten Höhepunkt fand. In der Folgezeit sollte sich überall dort überraschend großer Protest formieren, wo die Herrschenden die Rituale ihrer Macht feiern wollten. Die bisher massivsten Proteste richteten sich gegen das G-8-Spektakel letztes Jahr in Genua. Auch nach den Anschlägen vom 11. 9. ist bisher kein Rückgang der Mobilisierung festzustellen.

Ob »Seattle« und »Genua« bereits die Wendepunkte in Richtung einer internationalen Protestbewegung waren oder nur deren kurzzeitiges Aufflackern, werden erst die Kämpfe der Zukunft zeigen. Eins aber ist sicher: Eine andere Welt ist nur möglich, wenn wir sie auch erkämpfen. Diese Gegenkräfte dürfen sich nicht an »den Staat« oder »die Politik« mit der Bitte wenden, er möge doch bitte für eine ökologischere und sozialere Politik sorgen. Die Lämmer, die beim Wolf um Schutz nachsuchen, waren für den Wolf schon immer ein gefundenes Fressen. Es bedarf eigenständiger und eigensinniger Organisations- und Aktionsformen.

Tatort Globalisierung: Die internationale Protestbewegung hat viele Facetten und wird sich auch in Zukunft nicht vereinheitlichen. Sie hat Räume auch für den radikal herrschaftskritischen und damit linken Teil

dieser Bewegung geschaffen, zu dem sich auch die BUKO zählt.

Klar ist: eine emanzipatorische Linke kann nur internationalistisch und plural sein. Klar ist auch, dass 1989 tatsächlich einen Epochenbruch markiert, hinter den man weder theoretisch noch organisatorisch zurückfallen kann. Es gab in der Vergangenheit zu viele böse Gespenster, die nicht nur in Europa, sondern auch in der Linken umgingen. Von denen muss man sich trennen, um wieder Platz für neue zu ermöglichen. Die Theorieruinen müssen durchforstet werden, um die Bruchstücke deutlich zu machen, mit denen man in Zukunft kein neues Haus mehr aufbauen will. Es ist dies eine der Vorbedingungen für eine Lösung oder besser: von Lösungswegen. Denn die eine Lösung wird es nicht geben. Es wird in Zukunft immer wieder neue Anläufe geben müssen. Wichtig ist es in Zukunft, die unterschiedlichen Ebenen und die Ambivalenzen zu beachten: etwa die zwischen Theorie und Praxis. Beide gehen niemals ineinander auf. Es gibt immer schon ein Ungenügen der Praxis gegenüber der Theorie – und umgekehrt. Soziale Bewegungen und ihre Revolten lassen sich nicht endgültig auf den Begriff bringen.

Tatort Globalisierung: Der BUKO versteht sich als Teil der internationalen Protestbewegung. Allerdings ist der BUKO nicht mehr der BUKO. Nach 25 Jahren seiner Existenz hat er seinen Namen gewechselt. Aus »Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen« wurde die »Bundeskoordination Internationalismus«. Damit ist der Bruch von 1989 auch im Namen vom BUKO angekommen. Ein linker Internationalismus kann heute nicht mehr auf den Begriff »entwicklungspolitisch« Bezug nehmen. Entwicklung klingt nach Hilfe. Irgendwer – es waren immer die anderen – sollte da »entwickelt« werden, nach unserem Vorbild. Es war dies ein zutiefst eurozentristisches Bild von Entwicklung. Dieser Begriff hat mittlerweile zu Recht einen schlechten Geschmack. Der neue Name verweist auf das, was die BUKO noch nicht ist, aber sein will. Ein Zusammenschluss, Netzwerk oder was auch immer von Gruppen und Menschen, die sich innerhalb des herrschaftskritischen Spektrums der internationalen Protestbewegung verorten und die BUKO als Möglichkeit nutzen, über die Ambivalenzen dieser Protestbewegung zu streiten. Und wir hoffen, dass aus den oben angeführten Gründen antimilitaristische, antirassistische und antifaschistische ebenso wie patriarchatskritische Gruppen stärker Teil dieses offenen Prozesses werden. Und selbstverständlich werden wir auch in Zukunft die Diskussion mit anderen Netzwerken und Plattformen suchen.

Tatort Frankfurt: Der BUKO feiert seinen 25., die BUKO feiert ihren 1. Geburtstag.

Nicht nur dazu seid ihr herzlich eingeladen.

Unterstützer / Mitveranstalter des BUKO 25

AKE Bildungswerk e. V., Vlotho
AKI Karlsruhe, (Aktionskreis Internationalismus)
Aktion Selbstbesteuerung, Stuttgart
AKU, Wiesbaden
alaska – Zeitschrift für Internationalismus
Analyse und Kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis
ASTA der Universität Frankfurt/Main **ASTA**
Avancemos, Frankfurt/Main
Centro Felix Varela, Rüsselsheim
Contraste – Monatszeitung für Selbstorganisation
Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, LV Hessen
diskus – Frankfurter StudentInnenzeitschrift
Dritte Welt Haus, Frankfurt/Main
express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit
Freiheit für Mumia Abu-Jamal – Bundesweite Kampagne
Freiwerk Infoladen, Rüsselsheim
Graswurzelrevolution – Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft
ila – informationsstelle lateinamerika, Bonn
Indymedia Netzwerk
info:dalit-solidarität, Frankfurt/Main
Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal
Informationsstelle El Salvador e.V., Bonn
Informationsstelle Guatemala e.V., Bonn
Innovationsstelle für Dokumentation und Lateinamerika-Forschung, Frankfurt/Main
Internationale Kampagne zur Verteidigung der Frauenrechte im Iran
IPPNW – Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung, Arbeitskreis Nord-Süd
ITP – Institut für Theologie und Politik, Münster
iz3w – informationszentrum 3.welt, Freiburg
Kampagne Libertad! / »So oder So«; die Libertad! – Zeitung für internationale Solidarität
Kanak Attak, Frankfurt/Main
Kein Mensch ist Illegal, Hanau
LabourNet Germany – Der virtuelle Treffpunkt der Gewerkschafts- und Betriebslinken
Lateinamerika-Nachrichten, Berlin
links-netz.de
Linksruck
medico international, Frankfurt/Main
Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit, München
Osteuropa-AG, Berlin
Rosa Luxemburg-Stiftung
SOZ – Sozialistische Zeitung
Sozialistisches Büro, Offenbach
Widersprüche – Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich
Wochenzeitung Jungle World

Impressum

Bundeskoordination Internationalismus

Nernstweg 32-34
22765 Hamburg
fon. (040) 393156
fax. (040) 28055122
bukohh@t-online.de
www.buko.info

Spendenkonto:
Ev. Darlehensgenossenschaft
BLZ 210 602 37
Kto. Nr. 234 389

Grafik S. 1:
Jürgen Taurus, Frankfurt/M.
dtp:
Wolfgang Hoerbe (wng@niatu.net)
Druck:
Caro Druck, Frankfurt/M.

BUKO-Adressen

BUKO Geschäftsstelle
Nernstweg 32-34
22765 Hamburg
tel. (040) 393156
fax. (040) 28055122
bukohh@t-online.de
www.buko.info

BUKO Pharma-Kampagne
August-Bebel-Str.62
33602 Bielefeld
tel. (0521) 60550
bukopharma@compuserve.com

BUKO Agrar Koordination
Nernstweg 32-34
22765 Hamburg
tel. (040) 392526
fax. (040) 39900629
bukoagr@t-online.de
www.bukoagr.com

BUKO »Kampagne Stoppt die Rüstungsexporte«
Buchtstr. 14-15
28195 Bremen
tel. (0421) 326045
fax. (0421) 3378177
stop-arms-trade@t-online.de

alaska. Zeitschrift für Internationalismus
Bernhardstr. 12
28203 Bremen
tel. & fax. (0421) 72034
redaktion@alaska.vobis.net

BUKO-Arbeitsschwerpunkte:

- AS Rassismus und Flüchtlingspolitik
- AS Weltwirtschaft
- AS Alternativer Handel (alle c/o) BUKO-Geschäftsstelle)

- AS Türkei/ Kurdistan c/o Aktion 3. Welt Saar Weiskirchener Str. 24 66679 Losheim am See tel. (06872) 993056 fax. (06872) 993057

Sponsoren

THANK YOU FOR THE CREDITS!

Der Kongress BUKO 25 wird unterstützt vom Ausschuss für entwicklungsbezogene Publizistik (ABP) der Evangelischen Kirche in Deutschland. Der Kongress wird durchgeführt in Kooperation mit dem Sozialistischen Büro und seinen Zeitschriften »express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit« und »Widersprüche – Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich«, dem ASTA der Uni Frankfurt, der Aktion Selbstbesteuerung und dem AKE-Bildungswerk, Vlotho.

Wir danken für finanzielle Unterstützung durch:

- Bistum Limburg – Bischöfliches Ordinariat
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften (GEW) Hessen
- Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt
- Stiftung Umverteilen!
- Kooperation Eine Welt – Katholischer Fonds für weltkirchliche und entwicklungsbezogene Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

Zwölf Thesen über Anti-Macht

-- JOHN HOLLOWAY

John Holloway, seit Jahrzehnten Theoretiker und radikaler Kritiker des kapitalistischen Staates, stand von Beginn des zapatistischen Aufstandes im mexikanischen Chiapas auf der

Seite der Aufständischen und ist einer der wichtigsten Theoretiker dieser »ersten Rebellion des 21. Jahrhunderts«. Die folgenden Thesen sind u. a. vor diesem Hintergrund zu verstehen.

Ein längeres Interview mit ihm und Ana Esther Ceceña zum Aufstand der Zapatistas erscheint demnächst in Nele Böhme/Heike Walk (Hg., 2000): Globaler Widerstand. Münster.

1 AUSGANGSPUNKT IST DIE NEGATIVITÄT

Beginnen wir mit einem Schrei, nicht mit dem Verb. Angesichts der Verstümmelung menschlicher Existenz durch den Kapitalismus ist es ein Schrei der Traurigkeit, ein Schrei des Erschreckens, ein Schrei der Wut, ein Schrei der Negation: Nein!

Das Denken muss negativ sein, um die Wahrheit des Schreies auszudrücken. Wir wollen die Welt nicht verstehen, ohne sie zu negieren. Das Ziel der Theorie besteht darin, die Welt negativ zu begreifen, nicht von der Praxis getrennt, sondern als ein Moment von Praxis, als Teil des Kampfes, um die Welt zu verändern, um aus ihr einen würdigen Ort der Menschheit zu machen.

Wie können wir jedoch nach all dem, was passiert ist, anfangen daran zu denken die Welt zu verändern?

2 EINE WÜRDIGE WELT KANN NICHT MITTELS DES STAATES GESCHAFFEN WERDEN

Während des vergangenen Jahrhunderts konzentrierte sich ein Großteil der Anstrengungen, eine würdige Welt zu schaffen, auf den Staat und die Vorstellung, die staatliche Macht zu erobern. Die wichtigen Auseinandersetzungen (zwischen Reformisten und Revolutionären) kreisten um die Frage, wie staatliche Macht erobert werden könne, sei es auf dem parlamentarischen oder außer-parlamentarischen Weg. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts macht jedoch deutlich, dass die Frage der Machteroberung gar nicht so wichtig war und ist. In keinem Fall folgte aus der Eroberung staatlicher Macht das, was sich jene, die dafür kämpften, erhofft hatten. Weder die reformistischen, noch die revolutionären Regierungen schafften es, die Welt radikal zu verändern.

Es ist einfach, die Führungen dieser Bewegungen des Verrats an den Bewegungen zu bezichtigen. Die Tatsache, dass es derart viel Verrat gab, verweist jedoch auf tiefer gehende Ursachen für das Scheitern der radikalen, sozialistischen oder kommunistischen Regierungen. Der Grund, warum man den Staat nicht dafür nutzen kann, um eine radikale Veränderung der Gesellschaft zu erreichen, liegt darin, dass es sich beim Staat um eine soziale Form handelt, die in die Totalität der kapitalistischen sozialen Verhältnisse eingebettet ist. Die Existenz des Staates als eine von der Gesellschaft separate Instanz bedeutet, dass er unabhängig von den konkreten Inhalten seiner Politik aktiv dazu beiträgt, die Menschen von der Kontrolle über ihr eigenes Leben zu trennen. Der Kapitalismus ist vor allem das: Die Trennung der Menschen von ihrem eigenen Tun. Eine am Staat orientierte Politik reproduziert unausweichlich diesen Spaltungsprozess, wo Führer von den Geführten, wo ernste politische Aktivität von persönlichen Angelegenheiten getrennt werden. Eine am Staat orientierte Politik, weit davon entfernt eine radikale Veränderung der Gesellschaft zu erreichen, führt zu einer zunehmenden Unterordnung der Opposition unter die Logik des Kapitalismus.

Die Vorstellung, die Welt könnte über den Staat verändert werden, ist eine Illusion. Wir haben das Glück, das Ende dieser Illusion zu erleben.

3 DIE EINZIGE FORM, UM RADIKALE VERÄNDERUNGEN ZU ERREICHEN, IST NICHT DIE EROBERUNG DER MACHT, SONDERN DIE AUFLÖSUNG DER MACHT

Eine Revolution ist so dringlich wie nie zuvor. Die Schrecken, die aus der kapitalistischen Organisation der Gesellschaft entstehen, treten immer deutlicher zu Tage. Wenn die Revolution mittels der Eroberung staatlicher Macht sich als Illusion erwiesen hat, dann bedeutet das nicht, dass wir die Idee der Revolution auf-

geben müssen. Aber es ist notwendig, sie in anderen Begriffen zu fassen: Nicht als Übernahme der Macht, sondern als Auflösung der Macht.

4 DER KAMPF UM DIE AUFLÖSUNG DER MACHT IST DER KAMPF FÜR DIE EMANZIPATION DER KREATIVEN MACHT (POTENCIA) VON DER INSTRUMENTELLEN MACHT (POTESTAS)

Um die Welt zu verändern, ohne die Macht zu übernehmen, muss eine Unterscheidung zwischen kreativer Macht (potencia) und instrumenteller Macht (potestas) getroffen werden.

Jeder Versuch die Gesellschaft zu verändern, beinhaltet Handeln, Machen. Dieses Machen bedeutet, dass wir dazu in der Lage sind, etwas zu tun, bedeutet kreative Macht. Häufig benutzen wir das Wort »Macht« in diesem Sinne, als etwas Positives, wenn uns eine Handlung gemeinsam mit anderen (eine Demonstration oder sogar ein gutes Seminar) das Gefühl von Macht gibt. Macht in diesem Sinne hat seine Grundlage im Tun: kreative Macht (Spanisch: *poder-hacer*; wörtlich: »tun-können«).

Kreative Macht ist immer gesellschaftlich, immer Teil des gesellschaftlichen Flusses von Handlungen. Unsere Fähigkeit zu tun, ist Resultat des Tuns anderer und schafft die Bedingungen für zukünftiges Tun. Es ist unmöglich sich ein Tun vorzustellen, das nicht in der einen oder anderen Form in das Tun anderer integriert ist, in der Vergangenheit, der Gegenwart oder der Zukunft.

5 KREATIVE MACHT WIRD TRANSFORMIERT, TRANSFORMIERT SICH IN INSTRUMENTELLE MACHT, WENN SIE MIT DEM TUN BRICHT

Die Transformation kreativer Macht in instrumentelle Macht unterbricht diesen gesellschaftlichen Handlungsfluss. Jene, welche die instrumentelle Macht ausüben, trennen das Geschaffene (*hecho*) vom gegenwärtigen Schaffen und erklären das Geschaffene zu ihrem. Die Aneignung des Geschaffenen ist gleichzeitig die Aneignung der Mittel des Schaffens und erlaubt den Mächtigen, dass sie das Handeln der tätigen Menschen kontrollieren. Die tätigen Menschen sind so von dem, was sie selbst geschaffen haben, getrennt, sowie von den Mitteln des Schaffens und vom Schaffen selbst. Damit sind sie von sich selbst getrennt. Diese Trennung ist die Basis jeder Gesellschaft, in der einige Macht über andere ausüben. Im Kapitalismus erreicht diese Trennung ihren Höhepunkt.

Der gesellschaftliche Fluss der Handlungen wird zerstört. Kreative Macht transformiert sich in instrumentelle Macht. Jene, die das Tun anderer kontrollieren, erscheinen nun selbst als die Macher der Gesellschaft. Und jene, deren Tun kontrolliert wird durch die anderen, werden unsichtbar, ohne Stimme, ohne Gesicht. Kreative Macht erscheint uns nicht mehr als Teil des gesellschaftlichen Flusses, sondern existiert nur noch in der Form persönlicher Macht. Für die Mehrheit der Menschen wird kreative Macht in ihr Gegenteil verkehrt, in Ohnmächtigkeit. (...)

In der gegenwärtigen Gesellschaft existiert kreative Macht jedoch nur in Form ihrer eigenen Negation als instrumentelle Macht. Das bedeutet nicht, dass die kreative Macht aufgehört zu existieren. Aber sie existiert in ihrer negierten Form, in einer antagonistischen Spannung zu ihrer eigenen Existenzform als instrumentelle Macht.

6 DIE UNTERBRECHUNG DES HANDLUNGSFLUSSES IST EIN BRUCH MIT JEDEM TEIL DER GESELLSCHAFT, MIT JEDEM ASPEKT VON UNS

Die Abspaltung des Geschaffenen vom Schaffensprozess und von den Schaffenden selbst führt dazu, dass die Menschen sich zueinander

nicht als Schaffende ins Verhältnis setzen, sondern als BesitzerInnen (oder Nicht-BesitzerInnen) des Gemachten-Geschafften (als eine Sache, die losgelöst vom Entstehungsprozess gesehen wird). Die Beziehungen zwischen Menschen bestehen wie Beziehungen zwischen Dingen. Die Menschen existieren nicht als Schaffende, sondern als passive TrägerInnen der Sachen.

Diese Spaltung der Schaffenden vom Schaffen – und damit von sich selbst – wird in der Literatur mit eng verwandten Begriffen diskutiert: Entfremdung (der junge Marx), Fetischismus (der alte Marx), Verdinglichung (Lukacs), Disziplin (Foucault) oder Identifikation (Adorno). Alle diese Begriffe zeigen deutlich, dass die instrumentelle Macht nicht als etwas uns außen Stehendes verstanden werden kann, sondern jeden Teil unseres Lebens durchdringt. Alle diese Begriffe beziehen sich auf eine Verhärtung des Lebens, eine Eindämmung des gesellschaftlichen Handlungsflusses, eine Schließung von Möglichkeiten.

Das *Tun* wird auf ein *Sein* reduziert. Dies ist der Kern der *instrumentellen Macht*. Während das *Tun* neben dem *Sein* auch das *Nicht-Sein* mit einschließt, reißt der Bruch mit dem *Tun* das »Nicht-Sein« heraus. Was uns bleibt, ist eine einfache »wir sind«: Identität. Das »und wir sind nicht« wird vergessen oder zum reinen Traum degradiert. Man nimmt uns die Möglichkeit. Die Zeit vereinheitlicht sich. Die Zukunft ist die Weiterführung der Gegenwart; die Vergangenheit der Vorläufer der Gegenwart. Alles *Tun*, alle Bewegungen werden inhaltlich fixiert und damit begrenzt. Es kann schön sein, von einer würdigen Welt zu träumen, aber es ist eben nicht mehr als ein Traum. Die Herrschaft der instrumentellen Macht ist die Herrschaft des »so sind die Sachen eben«; diese Herrschaft schafft die Identität. (...)

10 DIE EINZIGE FORM, DEN OFFENSICHTLICH DURCH MACHT GESCHLOSSENEN ZIRKEL AUFZUBRECHEN BESTEHT DARIN ZU SEHEN, DASS VERÄNDERUNG DER KREATIVEN MACHT IN INSTRUMENTELLE MACHT EIN PROZESS IST, DER NOTWENDIGERWEISE SEIN GEGENTEIL IN SICH TRÄGT: DIE FETISCHISIERUNG BEINHÄLTET DIE ANTI-FETISCHISIERUNG

In der Regel wird Entfremdung (Fetischismus, Verdinglichung, Disziplin, Identifikation etc.) diskutiert, als würde es sich dabei um vollendete Tatsachen handeln. (...) Die Entstehung des Kapitalismus wird in die Vergangenheit verlegt und man nimmt an, dass seine heutige Existenz stabil sei. Diese Sichtweise führt notwendig zum Pessimismus.

Wenn wir jedoch die Trennung von *Tun* und *Getanem* (Schaffen und Geschaffenem) nicht als etwas Endgültiges betrachten, sondern als einen Prozess, beginnt sich die Welt zu öffnen. Schon die Tatsache, dass wir von Entfremdung sprechen, bedeutet, dass die Entfremdung nicht total sein kann. Versteht man Trennung, Entfremdung etc. als Prozess, dann bedeutet das, dass die weitere Entwicklung nicht vorherbestimmt ist, dass die Transformation der kreativen in instrumentelle Macht immer offen ist, immer in Frage gestellt. Ein Prozess beinhaltet eine Bewegung der Entstehung, bedeutet, dass das was geschieht (Entfremdung), immer ist und gleichzeitig nicht ist. (...)

Was in Form seiner Negation existiert, (...) existiert wirklich, trotz seiner Negation, als Negation des Prozesses der Negation. Der Kapitalismus basiert auf der Negation der kreativen Macht, der Kreativität, der Würde: aber das bedeutet nicht, dass diese nicht existieren. Die Zapatistas haben gezeigt, dass die Würde trotz ihrer Negation existiert. Sie existiert nicht nur, sondern sie existiert in der einzigen Form, in der sie in dieser Gesellschaft existieren kann: Als Kampf gegen die eigene Negation. (...)

11 DIE MÖGLICHKEIT EINER RADIKALEN VERÄNDERUNG DER GESELLSCHAFT HÄNGT VON DER MATERIELLEN KRAFT DES NEGierten AB

Die materielle Kraft des Negierten kann man auf verschiedene Art betrachten.

Zum einen kann man sie in der Unendlichkeit der Kämpfe sehen, die nicht den Machtge-

winn über andere zum Ziel haben, sondern lediglich die Kraft unserer kreativen Macht, unseres Widerstandes gegen die Herrschaft über andere. Diese Kämpfe nehmen verschiedene Formen an, von der offenen Rebellion bis zu Kämpfen, um die Kontrolle über den Arbeitsprozess oder Zugang zu Bildung oder Gesundheitsdiensten zu erlangen oder zu verteidigen. (...) Der Kampf um Würde – um das, was in der gegenwärtigen Gesellschaft negiert wird – kann auch an vielen Formen beobachtet werden, die nicht eindeutig politisch sind: In der Literatur, in der Musik, in Märchen. Der Kampf gegen Unmenschlichkeit ist allgegenwärtig, er ist unserer eigenen Existenz als menschliche Wesen eingeschrieben.

Zweitens kann man die Kraft des Negierten in der Abhängigkeit der instrumentellen Macht von dem, was es negiert, sehen. Die Mächtigen, deren kreative Macht in der Fähigkeit besteht, anderen zu sagen, was sie zu tun haben, sind immer in ihrer Existenz vom Tun der anderen abhängig. Die ganze Geschichte der Herrschaft kann als Kampf der Mächtigen verstanden werden, sich aus ihrer Abhängigkeit von den Ohnmächtigen zu befreien. Der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus kann nicht nur als Kampf der Knechte gesehen werden, wo diese sich von den Herren befreien, sondern als Kampf der Herren, um sich von den Knechten zu befreien, indem sie ihre Macht in Geld und damit Kapital verwandelt haben. Dieselbe Suche nach Freiheit gegenüber den ArbeiterInnen kann in der Einführung von Maschinen gesehen werden, oder in der massiven Umwandlung von produktivem Kapital in Geld, was im gegenwärtigen Kapitalismus eine derart wichtige Rolle spielt. (...)

Diese Abhängigkeit äußert sich drittens in der Instabilität der Mächtigen, in der Tendenz des Kapitals zur Krise. Die Flucht des Kapitals vor der Arbeit, indem die ArbeiterInnen durch Maschinen ersetzt werden und Kapital in Geld verwandelt wird, konfrontiert das Kapital mit seiner letztendlichen Abhängigkeit von der Arbeit (d. h. von seiner Fähigkeit, das menschliche Tun in abstrakte Arbeit zu verwandeln, in Werte schaffende), was sich im Rückgang der Gewinne zeigt. In der Krise zeigt sich die Kraft dessen, was das Kapital negiert, d. h. der nicht untergeordneten kreativen Macht.

12 DIE REVOLUTION IST DRINGEND, ABER UNGEWISS. KEINE ANTWORT, EINE FRAGE.

Die orthodox-marxistischen Theorien suchten die Gewissheit auf der Seite der Revolution. Dies geschah mit dem Argument, dass die historische Entwicklung unvermeidlich zur Entstehung der kommunistischen Gesellschaft. Dieser Versuch war ein vollständiger Irrtum, weil es keine Sicherheit bei der Schaffung einer selbstbestimmten Gesellschaft geben kann. Gewissheit kann man in der Vereinheitlichung der Zeit finden, in der Festschreibung des Tuns im Sein. *Selbstbestimmung ist notwendigerweise ungewiss*. Der Tod der alten Gewissheiten stellt eine Befreiung dar.

Aus denselben Gründen kann die Revolution nicht als Antwort verstanden werden, sondern nur als Frage, als eine Suchbewegung hin zur Realisierung der Würde. *Preguntando caminamos* (fragend gehen wir voran).

Übersetzung U. B./E. H.; aus Platzgründen gekürzt. Die vollständige Version befindet sich auf: www.buko.info

John Holloway diskutiert am Sonntag, 12. Mai, auf dem Podium »Internationalismus und neue Weltordnung« und in der AG am Samstag.

ARBEITSGRUPPEN

AGs Freitag, 10. Mai 14.30 – 17.30 Uhr

»Funktionalisierung der Frauenfrage in der neuen Weltordnung«

In zunehmendem Maße werden Frauenrechte als Kriegsgrund in den militärischen, ökonomischen und politischen Kriegen der Herrschenden instrumentalisiert. Die sozialistische Frauengruppe LiLiFe setzt sich mit der Funktionalisierung der Frauen am Beispiel der Kriege gegen Jugoslawien und Afghanistan sowie am Beispiel der Durchsetzung neoliberaler Deregulierung von Arbeitsverhältnissen und Sozialversicherungssystemen in der BRD auseinander.

Organisiert vom Aktionskreis Internationalismus (AKI Karlsruhe)

»deportation-class, Grenzcamps, IOM-Kampagne – Zur Internationalisierung antirassistischen Widerstandes«

Seit mehreren Jahren gibt es Versuche, antirassistische Widerstandsinitiativen auf europäischer Ebene stärker miteinander zu verknüpfen. Das Vernetzungsprojekt »nborder« hat sich diesbezüglich zu einem praktisch orientierten Ansatz entwickelt. Seit 1999 finden halbjährliche Treffen statt, in denen z. Bsp. Erfahrungen aus den deportation-class-Kampagnen besprochen werden. Bei der Abstimmung der Grenz-Camps (Ostpolen, Slowenien, Südsptanien) spielt »nborder« eine entscheidende Rolle. Auf dem letzten Koordinationstreffen waren AktivistInnen aus 15 Ländern zusammengekommen. Vom 19. bis 28. Juli werden die Zelte in Strasbourg aufgeschlagen, mit reichlich Diskussionen und öffentlichkeitswirksamen Aktionen. Der Zusammenhang von Migration und Globalisierung wird einen inhaltlichen Schwerpunkt bilden, und voraussichtlich wird auch eine neue internationale Kampagne eingeleitet: gegen IOM (International Organisation of Migration), die als transnationale Agentur weltweit Migrationsmanagement betreibt und insbesondere an der Aufrüstung der osteuropäischen Grenzregimes beteiligt ist. In der AG sollen die genannten Ansätze erläutert werden und dann der Frage nachgegangen werden, wie eine praxisorientierte internationale Zusammenarbeit weiterentwickelt werden kann.

Organisiert von: Kein Mensch ist Illegal, www.nborder.org

»Nationalismus als Politikkonzept der Kolonisierten«

Am Beispiel Mittelamerikas wollen wir über Konzepte und Ideen von nationaler Befreiung, aber auch den Bezug auf den Staat durch lokalen Widerstand diskutieren. Der Bezug auf Staat/Nation in den Basisbewegungen eröffnet Möglichkeiten, bewegt sich aber innerhalb politischer Verkürzungen. In der AG wollen wir die historische oder geografische Richtigkeit des Bezuges auf den Staat erkunden und gegen die politische Begrenztheit der Idee des Nationalen stellen. Stichworte: Widerstand, Identität, lokaler Bezug, Raum, Staat, Antimperialismus

Organisiert von: Informationsbüro Nicaragua, Wuppertal

»Wem gehört die Natur? Biopiraterie und Widerstand«

Gesellschaftliche Veränderungen und neue technologische Entwicklungen (insbesondere die Gentechnologie) führen dazu, dass sich die Aneignung der Natur ändert. Damit wird die biologische Vielfalt und ihr »grünes Gold der Gene« zu einer zentralen ökonomischen Ressource für die Herstellung von Medikamenten und Nahrungsmitteln. Prozesse laufen hochgradig machtförmig ab, wenn etwa transnationale Konzerne im Verbund mit Regierungen sich das Wissen und die Ressourcen indigener Völker sichern und später patentieren wollen. Doch gegen die »Biopiraterie« organisiert sich immer stärker Widerstand.

Organisiert von: BUKO-Agrarkoordination und einer noch namenlosen Arbeitsgruppe

»Die Situation in den USA nach dem 11.9.«

Referent: M. Hahn

»Die Rückkehr der russischen Gouvernante oder warum der Mohr nicht ausgedient hat – das zukünftige Haushaltsmodell der Globalisierung« – Frauen und Globalisierung

Globalisierung verändert auch die Struktur des Geschlechterverhältnisses zwischen Männern und Frauen. Diese Veränderungen sind aber in der männlichen Rede in der Politik, in der Ökonomie überall ein blinder Fleck. Die Tatsache, dass die Betrachtung der Geschlechterverhältnisse unter einer scheinbar objektiven Brille von »gender« in den Chefetagen Furore macht, sollte uns stutzig machen: Das Geschlechterverhältnis ist immer noch ein Herrschaftsverhältnis. Wie es aber unter neoliberalen Globalisierungsverhältnissen strukturiert ist und welche Konsequenzen sich daraus für eine solidarische, internationalistische Frauenpolitik ergeben, soll Schwerpunkt dieser AG sein.

Organisiert von Barbara Imholz u. Katja Strobel/Institut für Theologie und Politik ITP, Münster

»Internationalistische Publizistik«

Trotz allen Wehklagens über Auflagenschwund ist die internationalistische Publizistik lebendiger denn je. Dabei ist unübersehbar, dass sich das Profil vieler Zeitschriften in den letzten Jahren deutlich verändert hat. So ist z. B. die Länderberichterstattung in den Hintergrund getreten zugunsten themenorientierter und eher theoretischer Debatten über Ethnizität, gender troubles oder Rassismus. Mit RedakteurInnen und AutorInnen internationalistischer Zeitschriften und Zeitungen (z. B. ak, alaska, ila, iz3w, jungle world) wollen wir über Vor- und Nachteile dieser und anderer Entwicklungen diskutieren

Organisiert von Christian Stock/Stephan Günther (iz3w)

»Krise und Widerstand in Argentinien«

Spätestens mit den »Kochtopf-Demonstrationen« im vergangenen Dezember wurde deutlich, dass auch in einer der letzten Hochburgen der Neoliberalismus endgültig gescheitert ist. Doch die Bewegung fiel nicht vom Himmel, genauso wenig wie diese Krise plötzlich kam. Aus historischer Sicht wird auf die aktuellen Ereignisse eingegangen: Wie kam es zu der Krise, seit wann und in welchen Formen formiert sich der Widerstand in dem Land am Rio de la Plata.

ReferentInnen: Verónica Gago und Diego Sztulwark (Colectivo Situaciones, Buenos Aires)

»Die Ökonomie von Bürgerkriegen«

Die Arbeitsgruppe untersucht die Reproduktionsmechanismen und Funktionsweisen von Kriegsökonomien anhand von Länderbeispielen in Afrika und entlang von Themenfeldern wie der Rolle von Söldnern, transnationalen Konzernen und Hilfsorganisationen.

Organisiert von Anne Jung (medico international)

»Privatisierung von Wasser«

Wasser ist ein Menschenrecht und muss es auch bleiben. In der AG berichten und diskutieren wir über Ursachen der Trinkwasserknappheit, die Folgen der Wasserprivatisierung und den Nutzen für die transnationalen Konzerne.

Organisiert von Uli Röding (exzess, Frankfurt/M.) und Stefan Armbrorst (Ecologistas en Acción, Madrid)

»Indien und Pakistan: Geschichte und Gegenwart des Konfliktes zweier Atommächte«

ReferentIn: Shankar (indische Anti-Atom-Bewegung)

Organisiert von Graswurzelrevolution (Lou Marin)

AGs Samstag, 11. Mai, 10:00 – 13:00 Uhr

»AG für EinsteigerInnen zu Globalisierung und Wirtschafts imperialismus«

Diese AG wird kein akademisches, theorielastiges Wirtschaftsseminar: Wir wollen uns, aufbauend auf eigenem Wissen (oder Unwissen) und Erfahrungen, eine anschauliche Einführung in verschiedene Grundlagen und Perspektiven von Weltwirtschaft, Ausbeutung und Globalisierung erarbeiten.

Organisiert von Jutta Sundermann (BUKO AS Weltwirtschaft)

»The good, the bad and the ugly – Der Irak im Fadenkreuz«

Das Embargo gegen den Irak hat Hunderttausenden das Leben gekostet. Saddam Hussein wurde gestärkt, die demokratische Opposition geschwächt. Afghanistan war erst der Auftakt. Die »einzige Weltmacht« ist bei ihrem Kreuzzug auf der Suche nach der irakischen »Nordallianz«. Nichtregierungsorganisationen werden in Stellung gebracht. Ziel: Die Erhaltung des Staus quo. In der AG geht es um Perspektiven der demokratischen Opposition im Irak.

ReferentInnen: Brigitte Kiechle und N.N. (Irak); Organisiert von Aktionskreis Internationalismus (AKI Karlsruhe)

»AG zur Podiumsveranstaltung Nahostkonflikt«

Mit Moshe Zuckermann aus Tel Aviv wollen wir das Thema der Podiumsdiskussion vom Freitagabend vertiefend diskutieren. Dabei soll es unter anderem darum gehen, wie linke Israelis die deutsche Debatte über den Nahostkonflikt einschätzen

Referent: Moshe Zuckermann (Tel Aviv); Organisiert von Christian Stock (iz3w, Freiburg)

»Gegen Globalisierung der Gewalt Globalisierung der Friedensbewegung«

In der Zeit globaler Kriege, bei denen auch Europa und die BRD ihre Rolle spielen, wird es immer notwendiger, auch eine Idee globalen Friedens als einzige Alternative zu entwickeln. Ursachenbekämpfung ist dabei entscheidend: Armut, Ungerechtigkeit, ökologische Zerstörung, ... In der AG wollen wir die Chancen und Möglichkeiten einer internationalistischen Friedensbewegung diskutieren.

VeranstalterInnen: DFG-VK Hessen, IPPNW-Arbeitskreis Süd-Nord

»Die Welt verändern, ohne die Macht zu erobern«?

Radikale Politik hat sich nicht nur den veränderten Bedingungen zu stellen (Stichwort Globalisierung), sondern auch eigenen Erfahrungen. Gescheitert sind Vorstellungen, Gesellschaft(en) mittels der Übernahme staatlicher Macht verändern zu wollen. Welche Konsequenzen hat das? In der Arbeitsgruppe geht es aber nicht nur um Konzepte, um die Welt verstehen und Strategien entwickeln zu können. Diskutiert werden soll an den Beispielen der mexikanischen Zapatistas und der sog. globalisierungskritischen Bewegung.

Referenten: John Holloway (México) und Joachim Hirsch (Frankfurt/M.)

Organisiert von Juliane Hammermeister (Dritte Welt Haus, Frankfurt/M.) und Uli Brand (BUKO AS Weltwirtschaft)

»Globalisierungskritik von Rechts«

Globalisierungsgegner – kaum jemand denkt dabei an Nazis. In der Öffentlichkeit und auch in der innerlinken Wahrnehmung scheint das ein Widerspruch zu sein. Die Globalisierungsbewegung ist eindeutig links besetzt. Aber eines ist klar – auch Rechte versuchen beim Thema Globalisierung kräftig mitzumischen – mit eigenen Demonstrationen, mit Homepages zum Thema, mit Transparenten und Parolen – alles unter dem Motto »Gegen Globalisierung – gegen System und Kapital – für eine Welt der freien Völker«. Dabei bedienen sich die Nazis linker Parolen, scheinbar linker Inhalte, linker Strukturformen. Ein Trend, den man auch in anderen ehemals nur von der Linken besetzten Themen und Bewegungen beobachten kann. Wie die Rechten die Globalisierung kritisieren und welche Konsequenzen das für die Linke hat, darüber wollen wir in der Arbeitsgruppe diskutieren.

Referentin: Ariane R.

Bewegung und/oder Organisation?

Waren soziale Bewegungen für nicht wenige linke Organisationen der Vergangenheit kaum mehr als »Massen«, die es für die eigene Politik zu »mobilisieren« galt, schwanken heute viele Linke zwischen unkritischer Bewegungsbegeisterung und superkritischer Bewegungsverachtung. Den beiden scheinbar gegensätzlichen Haltungen ist gemeinsam, dass Bewegung und Linke unmittelbar gleichgesetzt werden. Muss dem gegenüber nicht zwischen sozialer Bewegung und linker Organisation unterschieden werden? Wie kommt die Bewegung zu einer Linken, wie kommen Linke in Bewegung?

Organisiert von Josef Hierlmeier (BUKO AS Weltwirtschaft, Redaktion Fantómas), Thomas Seibert (medico international, Redaktion Fantómas)

»Von Dayton nach Rambouillet – zur Durchsetzung neoimperialistischer Protektorate auf dem Balkan«

Drei Jahre nach Ende des Kosovo-Krieges und mehr als ein halbes Jahrzehnt nach dem Einzug internationaler Militärs und ziviler Verwalter in das Uno-Protektorat in Bosnien-Herzegowina sieht es weiterhin düster aus in Südosteuropa: Mehr als »Fassaden staatlicher Souveränität« (Robert Kurz) haben die neuen internationalen Regime nicht errichten können, von selbst geschaffenen, geschweige denn selbst verwalteten Institutionen sind die früheren jugoslawischen Nachkriegsgesellschaften weiter entfernt denn je. In der Arbeitsgruppe soll deshalb diskutiert werden, welche Ansätze linke und zivilgesellschaftliche Gruppen vor Ort verfolgen, um die antiemanzipatorischen Protektoratsstrukturen zu überwinden.

Organisiert von: Markus Bickel (Jungle World)

»Über die Lage der palästinensisch-israelischen Frauen«

Referentin: Aida Touma Souliman Organisiert von Sabah Alnasseri (www.links-netz.de)

»Organisierung von Unten«

Organisiert von Jörg Bergstedt (Projektwerkstatt)

AGs noch offen, ob Freitag oder Samstag

»Möglichkeiten virtueller Gegenöffentlichkeit und soziale Mobilisierung«

In der AG können neben einer ausführlicheren Präsentation u.a. folgende Themen diskutiert werden: inhaltliche Ausrichtung, Verhältnis zu Mainstream-Medien, entwicklungspolitische Aktivitäten, Chancen und Grenzen des Netzwerks Indymedia. Ausserdem möglich: Einführung für NutzerInnen

Organisiert vom Netzwerk Indymedia

»Neoliberale Stadt und Protest«

Städte sind Orte der Überlagerung und des Sichtbarwerdens von neoliberalen Schattenseiten, von Sozialabbau und Sicherheitsdiskursen sowie zunehmend von Einschränkungen persönlicher Gestaltungsspielräume. Zugleich sind Städte Ausgangspunkte vieler sehr konkreter Auseinandersetzungen und Kämpfe um Nutzung und Gestaltung, um Handlungsspielräume sowie – immer wichtiger – um die Definitionshoheit der Bilder von »Stadt«.

Organisiert von Bettina Köhler (Wien) und Markus Wissen (BUKO AS Weltwirtschaft)

»20 Jahre unschuldig in der Todeszelle – Mumia Abu-Jamal ist kein Einzelfall. Die Todesstrafe und das Gefängnisystem in den USA«

ReferentInnen: Annette und Michael Schiffmann

Organisiert von Freiheit für Mumia Abu-Jamal (Heidelberg)

»Militarisierung und Antimilitarismus in Tschechien. Geplante Aktivitäten zur NATO-Konferenz im Herbst in Prag«

ReferentInnen: 2 ReferentInnen aus Prag

Organisiert von: Osteuropa-AG Berlin

»Frauenunterdrückung in islamischen Ländern – Hände weg vom Leben der Frauen«

Organisiert von: Internationale Kampagne zur Verteidigung der Frauenrechte im Iran (Shahnaz Morattab)

»Was hat die EU mit der Globalisierung zu tun?«

Diskussion u.a. über die Proteste beim EU-Gipfel in Sevilla

Referentin: Angela Klein (SoZ) Organisiert von: internationale sozialistische linke (SoZ), Linksruck

aktualisierte
Arbeitsgruppen
unter:
www.buko.info

PROGRAMM

AGs zweitägig: Freitag + Samstag

»Krise und soziale Kämpfe in Lateinamerika (u. a. Plan Colombia, Freihandelsabkommen FTAA / ALCA, Bewegungen einzelner Länder)«

Freitag: Armut, Arbeitslosigkeit, Gewalt, Militarisierung und Paramilitarisierung des gesamten lateinamerikanischen Kontinents und der Zusammenhang mit ökonomischen hegemonialen Strategien durch die interamerikanische Freihandelszone.

Samstag: Soziale Bewegung – campesinos, indigenas, Frauen, Landlose, Ausgeschlossene organisieren sich. Widerstand in den Ländern Lateinamerikas.

Organisiert von Avancemos, Centro Felix Varela (Rüsselsheim), Linksruck

»Die neue sinnstiftende Aktivität: Volksfahndungsbereitschaft? Innere Sicherheit in Zeiten des Krieges«

Im Mittelpunkt dieser AG steht die repressive Anpassung der Metropolenstaaten an die Erfordernisse des digitalen Zeitalter. So liegen die neuen Sicherheitsgesetze auf dem Weg in eine weiße Hochsicherheitsgesellschaft, in der ohne Ausnahme alle biometrisch erfasst werden. Und wer noch bis vor kurzem darauf hoffte, dass mit dem Ende der RAF auch eine Vielzahl von Antiterrorismus-Gesetzen erledigt sei, muss spätestens jetzt zur Kenntnis nehmen, dass solche Gesetze nicht die Ausnahme, sondern wesentliche Instrumente zur Beherrschung der sozialen und politischen Krise sind.

Angesichts der zunehmenden Verschärfung der »inneren Sicherheit« sollen die verschiedenen Thesen der Linken dazu diskutiert werden. Beispielsweise war es noch Mitte der 70er Jahre so, dass von einer »Faschisierung der Staatsapparate« gesprochen wurde, während heute fast nur noch von der »Verteidigung der Grundrechte« die Rede ist. Wie passt das alles zusammen und wie wird die aktuelle Entwicklung begriffen?

Neben der Analyse dieser Zustände soll auch die Organisation und Praxis ihrer Veränderung nicht zu kurz kommen. Es geht um linke Handlungsfähigkeit in den westlichen Demokratien. Zwischen Institutionalisierung und staatlicher Umzingelung: Welche Möglichkeiten des Widerstands und des Eingreifens gibt es?

Organisiert von: Initiative Libertad!

Alternativer Kaffeehandel und die Krise des Kaffee auf dem Weltmarkt

Der Kaffeepreis ist in den letzten zwei Jahren dramatisch gesunken und liegt nun bei den anderen Leichen in den Kellern des Weltmarkts. Neben zahlreichen Folgen und Gründen, die wir uns in der AG erarbeiten wollen, bedeutet dies vor allem eine dramatische existenzielle Krise für die kleinbäuerliche Produktion in den Ländern Mittelamerikas. Welche Perspektive hat das Exportgut Kaffee für diese Länder und für die Masse an BäuerInnen und LandarbeiterInnen, die von der Kaffeeproduktion leben?

Gleichzeitig ist Kaffee das traditionelle Produkt des alternativen bzw. politischen Handels. Welche Rolle kommt diesem angesichts der Krise zu? Welche Handlungsoptionen gibt es, in Mittelamerika und in Deutschland? Wie sind die Perspektiven für politische Arbeit in Verbindung mit Alternativhandel?

Referenten: Matthias Prose und Uwe Hauser

Organisiert von Kaffeekampagne El Salvador und Netzwerk IKS

»Perspektiven der Organisation einer anti-rassistischen Linken zwischen Zuwanderungsgesetz, Innerer Sicherheit und Europäischer Flüchtlingspolitik«

Die anti-rassistische Linke scheint den Entwicklungen des vergangenen Jahres relativ konsterniert gegenüberzustehen. Der 11.9. hat die vorbereiteten Konzepte zur Inneren Sicherheit und Migrations- / Flüchtlingspolitik gebracht. Das Zuwanderungsgesetz setzt erneut einen rassistischen Diskurs frei und wird die Arbeitsmigration regeln und flüchtlingspolitische Eckpunkte setzen. Auf europäischer Ebene werden Maßnahmen fixiert, die MigrantInnen und Flüchtlinge weiter kriminalisieren.

Welche Antworten hat die anti-rassistische Linke auf die neuen Entwicklungen und Herausforderungen? Eingeladen sind VertreterInnen der verschiedensten migrations- und flüchtlingspolitischen arbeitenden Initiativen und Organisationen.

Organisiert vom BUKO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik

»Probleme, Herausforderungen und Perspektiven des Fairen Handels«

Organisiert vom BUKO Arbeitsschwerpunkt Alternativer Handel

Donnerstag, 9. Mai

19.00 – 21.30 Uhr: Eröffnungsveranstaltung »Globalisierung« und »Imperialismus« oder: In welcher Welt leben wir eigentlich?

Seit knapp zehn Jahren soll der schillernde Begriff der Globalisierung die Umbrüche nach dem Ende der West-Ost-Konfrontation erklären. Mit den Anschlägen des 11. September 2001 und dem »langanhaltenden Feldzug gegen den Terrorismus« ist die Globalisierung jetzt zum offenen Krieg geworden, der zur Sicherung ihres eigenen Fortgangs und damit gegen alle geführt

wird, die dem im Weg stehen. Damit gewinnt ein Begriff wieder Aktualität, der von dem der Globalisierung lange Zeit verdrängt wurde: der Begriff des Imperialismus. Lässt sich eine in ihr kriegerisches Stadium übergegangene Globalisierung mit diesem Begriff erklären? Wenn ja: Wie kann dieser Imperialismus näher bestimmt werden? Und: Was wäre dann

»Antiimperialismus«?

Wir diskutieren mit: Diego Sztulwark (Colectivo Situaciones, Buenos Aires) und Gazi Caglar (Uni Hannover).

Moderation: Eva Hartmann (Redaktion diskus, Frankfurt/Main) und Martin Glasenapp (Initiative Libertad!)

Freitag, 10. Mai

10.00 – 12.30 Uhr Zwischen Straßenprotest und Netzguerilla – Die Produktion von (Gegen-) Öffentlichkeit

Warum entstehen Gegendiskurse, wie funktioniert eine Kommunikationsguerilla? Welcher Mitteln bedienen sich BUKO und ihre Mitgliedsgruppen? Welche neue Formen von Öffentlichkeit gibt es?

Der Gedanke einer alternativen Produktion von Wahrheit war lange Zeit handlungsleitend für soziale Bewegungen. Dies bezog sich sowohl auf die Inhalte,

wie auch auf die Formen von Politik und Gegenöffentlichkeit. Was hat sich hier geändert? Wie entstehen heute Gegendiskurse? Wird es in Zeiten zunehmender Globalisierungskritik wieder möglich, die einfache Wahrheit laut vorzutragen, oder droht diese, in medialer Beliebigkeit unterzugehen? Ein wichtiges Problem der »eigenen« Diskussionen und Öffentlich-

keiten besteht in den verschiedenen Sprachen, die wir sprechen (aktivistisch/akademisch). Wie können sie stärker aufeinander bezogen werden?

Wir diskutieren mit: Katharina Pühl (Kassel), N.N. (indymedia), autonome a.f.r.i.k.a.-Gruppe (Marbach), Dieter Rucht (Bewegungsforscher, Berlin), Peter Wahl (Attac, weed). Moderation: N.N.

14.30 – 17.30 Uhr: Arbeitsgruppen

19.00 – 21.30 Uhr: Öffentliche Diskussionsveranstaltung Wege aus der Sackgasse – Der Nahostkonflikt und die Solidaritätsbewegung

Wie kann Frieden oder wenigstens eine friedliche Koexistenz im Nahen Osten erreicht werden? Auf welche sozialen Kräfte in Israel und in den palästinensisch/arabischen Gesellschaften kann sich die europäische Solidaritätsbewegung positiv beziehen?

Diese Fragen diskutieren wir mit Gästen aus Israel und dem arabischen Raum.

Wir diskutieren mit: Sabah Alnasseri (Politologin, Exilraker, Frankfurt/Main), Aida Touma Souliman, (Geschäftsführerin der arabischen Frauenrechtsor-

ganisation »Women against Violence« und Mitglied der Kommunistischen Partei Israels), Moshe Zuckermann (Historiker und Autor aus Tel Aviv, Israel). Moderation: Christian Stock (BUKO) (Bitte beachtet auch den Artikel auf Seite 6.)

Samstag, 11. Mai

10.00 – 13.00 Uhr: Arbeitsgruppen

14.00 – 16.30 Uhr: Offene Angebote u. a.:

14.30 Uhr: Video Secrets of Silicon Valley. Siehe Seite 7.

15.30 Uhr: Vorstellung Projekt »Europaweite Befragung« (Consulta). Siehe Seite 7.

16.30 – 19.00 Uhr

Organisation und/oder Organisation: Mit wem, wie und wofür was tun?

Für die Linke waren die 90er Jahre sowohl ein Jahrzehnt der Krise und der Desorientierung wie der Selbstverständigung und der kritischen Reflexion. Die meisten aus der Epoche der »Neuen Linken« stammenden Strömungen oder Organisationsansätze zerfielen oder differenzierten sich aus, der gesellschaftliche Einfluss der verbliebenen Projekte tendierte gegen Null.

Mit den globalen Protesten gegen die kapitalistische Globalisierung scheint diese Phase zu Ende zu gehen. Allenthalben ist ein Aufbruch zu verspüren. Damit stellt sich aber die Frage nach der Organisation des Protestes wieder – und die nach dem Unterschied zwischen sozialen Bewegungen einerseits und »der« Linken andererseits. Macht dieser Unterschied noch Sinn, gibt es überhaupt noch »die« Linke? Wenn

ja – wie wäre dieser Unterschied zu organisieren?

Wir diskutieren mit: Manuela Bojadzjev (kanak attack), Vertreterin der Antifaschistischen Aktion Berlin, Werner Rätz (ila, Attac), Josef Hiermeier (BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft), N.N. (Feministische Organisation), Moderation: Thomas Seibert, Redaktion Fantomas

19.30 Uhr: BUKO-Versammlung der Mitgliedsgruppen

Die ganze Nacht: Hysterisches Fest Die Bösen Tanten – Linksradikaler Tuntentrash; versch. DJs

Sonntag, 12. Mai

10.00 – 12.30 Uhr Staatskritisch, plural, radikaldemokratisch – Internationalismus in der »neuen Weltordnung«

Globalisierungskritik von links organisiert sich plural und demokratisch und beruht auf einer Vielfalt von Politikverständnissen und emanzipatorischen Praktiken. Gleichzeitig sind sie Gegenstand eines permanenten Selbstverständigungsprozesses. Die Abschlussveranstaltung des BUKO 25 soll hierzu einen Beitrag leisten: Wie ist die »neue Weltordnung«, gegen die sich die Kritik richtet, zu fassen? Wie kann

ein Verständnis von Internationalismus aussehen, das den globalen Herrschaftsverhältnissen angemessen ist? Was heißt das für die Organisation von Protest? Wo liegen die Potentiale und Probleme eines pluralen Verständnisses von Protest und Widerstand?

In der Diskussion wird es wesentlich darauf ankommen, die Potentiale und Probleme, die in der Vielfalt der Politikverständnisse und emanzipatori-

schen Praktiken liegen, zu reflektieren.

Wir diskutieren mit: Gruppe respect-los (Berlin), N.N. (Grenz-Camp), John Holloway (Universidad Autónoma Puebla, Mexiko), Joachim Hirsch (Joh. W. Goethe-Universität, Frankfurt/Main; www.links-netz.de). Moderation: N.N.

Wege aus der Sackgasse?

Überlegungen zur Podiumsdiskussion über den Nahostkonflikt

-- SABAH ALNASSERI UND CHRISTIAN STOCK
(VORBEREITUNGSGRUPPE BUKO 25)

»DIE GESCHICHTE LIEFERT SELTEN DIE MÖGLICHKEIT, EXPERIMENTE ZU MACHEN«
(ELI LÖBEL)

Die Situation in Israel und Palästina wird immer stärker von vermeintlicher Ausweglosigkeit bestimmt. Es dominiert die politische Form der Alternativlosigkeit und des Sachzwangs: Neben Militär und Militanz gibt es keine anderen Möglichkeiten, so lautet der Imperativ auf beiden Seiten. Konsequenterweise kommt es zur Personifizierung in den entsprechenden Akteuren (Sharon, Arafat, etc.) und zur Verdrängung von oppositionellen Gruppen und Lösungsansätzen.

Die offensichtliche Ausweglosigkeit des Konflikts aber geht nicht allein auf die veränderte Weltlage seit Anfang der 90er Jahre oder seit dem 11. 9. 2001 zurück. Auch die Unfähigkeit der Regierungen (Arbeiter- bzw. Likudblock und die Fatah), Friedensinitiativen zu ergreifen, ist kaum allein verantwortlich. Der Konflikt beruht im Grunde darauf, dass beide nationale Bewegungen und ihre jeweils staatliche Form in einer tiefen Krise stecken. Deren Ursachen liegen wiederum primär in den jeweiligen inneren gesellschaftlichen Widersprüchen. Nicht anders als der Rest der Welt sind auch Israel und Palästina von kapitalistischen, rassistischen, antisemitischen und sexistischen Herrschaftsverhältnissen geprägt. Diese drücken sich in Israel und Palästina jedoch in ganz spezifischen Konfliktlinien und -formen aus. Auf beiden Seiten dominieren derzeit die destruktivsten unter den sozialen Kräften und konkurrierenden Herrschaftsstrategien. Die daraus resultierende rat- und ziellose Politik wirkt durch ihre gewaltförmigkeit ihrerseits krisenverschärfend und führt immer weiter in die Sackgasse.

Sich darauf zu beschränken, Gründe für die krisenhafte Situation im Nahen Osten zu suchen, dient der Sache des Friedens jedoch wenig. Jede Konfliktpartei hat ihre eigenen Wahrheiten. Das Beharren der Politiker auf die Fortsetzung der »Friedensverhandlungen« ist lediglich Ausdruck von politischer Hilflosigkeit, denn Ziel ist ohnehin nurmehr das Verhandeln um des Verhandeln willen, es geht nicht um wirkliche Lösungen. Der so genannte Friedensprozess ist heute nur noch ein terminus technicus für eine staatlich-polizeilich-militärische Sicherheitsveranstaltung. Insofern sind die zurückhaltenden Erwartungen der Schirmherrscher des Friedensprozesses (EU, USA etc.) verständlich, denn es geht nicht um Frieden, sondern um Staatsgründung, Grenzregime, Besatzung und Befriedung durch Repression und Kontrolle.

Im Weltbild der Sicherheitsfanatiker ist kein Platz für historische Experimente zugunsten eines emanzipatorischen gesellschaftlichen Weges. Das praktizierte Sicherheits-Szenario ist zutiefst archaisch, friedensfeindlich und antidemokratisch.

Es ist höchste Zeit, dieser Katastrophe zu entrinnen. Die Suche nach gangbaren und zugleich notwendig utopischen Wegen aus der Sackgasse, nach politischen Alternativen zu (selbst)mörderischer Militanz und todbringendem Militär ist dringender denn je. Welche kritischen Akteure und welche emanzipatorischen Optionen gibt es in Israel und Palästina – oder sollte es geben? Wie können sich diese gesellschaftlichen Kräfte jenseits des langsamen, aber sicheren kollektiven Selbstmords bewegen?

DEUTSCHE SPIEGELBILDER

Die Verhärtung der Fronten in Israel und Palästina spiegelt sich auch in der deutschen Linken wider. Kaum eine Streitfrage führte in den letzten Jahren so zur politischen Spaltung wie diese: Wie hältst du's mit Israel, wie mit Palästina? Die Antworten fallen so verschieden aus, wie sie gegensätzlicher nicht sein könnten.

Die Hardliner der pro-israelischen Fraktion überholen in ihrer »bedingungslosen Solidarität« mit Israel und mit dem Ruf nach »äußerster Härte« gegen die PalästinenserInnen selbst die israelischen Falken von rechts. Sie begründen dies mit dem palästinensischen und arabischen Antisemitismus, der die Juden lieber heute als morgen aus der Region vertrieben sehen möchte. Israel gilt als Staat, der quasi stellvertretend gegen den Antisemitismus – also gegen die Barbarei – kämpft.

Für die andere, pro-palästinensische Fraktion ist die Intifada ein berechtigtes Aufbegehren gegen die israelische Besatzungspolitik. Manche sehen darin sogar einen sozialrevolutionären Aufstand gegen den von Israel verkörperten Imperialismus. Die »Schuldfrage« wird von dieser Fraktion eindeutig beantwortet: Israel ist selbst verantwortlich für die Gewalt der Palästinenser. Vereinzelt werden aus diesem Kreis sogar Stimmen laut, die zum Boykott israelischer Waren aufrufen. Was die pro-israelische Fraktion davon hält, kann man sich denken.

Nicht nur bei den Forderungen der Hardliner beider Seiten drängt sich die Vermutung auf, der Nahostkonflikt diene großen Teilen der deutschen Linken vor allem als Projektionsfläche für Debatten über Antisemitismus oder Imperialismus. Wir denken, der Nahostkonflikt ist jedoch eine denkbar schlechte Arena für Auseinandersetzungen, die Deutsche besser in und über Deutschland zu führen hätten.

Eine der wenigen möglichen praktischen Formen von Solidarität ist daher, den kritischen Stimmen aus dem Nahen Osten mehr Gehör zu verschaffen. Dabei geht es nicht um wohlwollenden Paternalismus oder darum, Ratschläge an Israel oder die Palästinenser zu erteilen. Es geht nicht um das Schmieden von Masterplänen für den Frieden, um Politikberatung oder Aktionismus. Es geht darum, denen zuzuhören, die sich der Gewaltlogik entziehen, und das, obwohl sie diese alltäglich erleben. Vielleicht können wir durch dieses Zuhören auch mehr über unsere eigenen Befindlichkeiten lernen als uns lieb ist.

Eher Fragen und Dilemmata aufwerfen als fertige Antworten bereitstellen. Das zeigt, dass wir bei der Podiumsdiskussion andere Formen der Konfliktaustragung als die bislang üblichen politisch kultivierten wollen. Es ist ein kommunikatives Experiment, dessen Ausgang ungewiss ist, obwohl – oder gerade weil – wir selbst dafür verantwortlich sind.

Die Podiumsdiskussion »Wege aus der Sackgasse – der Nahostkonflikt und die Solidaritätsbewegung« findet am Freitag, den 10. Mai 2002 um 19 Uhr statt. TeilnehmerInnen sind Aida Touma Souliman (Geschäftsführerin der arabischen Frauenrechtsorganisation »Women against Violence«), Moshe Zuckermann (Historiker und Autor aus Tel Aviv) und Sabah Alnasseri (Sozialwissenschaftler in Frankfurt a. M. und Exiliraker).

Über die Notwendigkeit eines transnationalen Pazifismus

Warum Friedenspolitik eine revolutionäre Aufgabe ist

-- CHRISTIAN AXNICK (DFG-VK)

Wer an einem Wochenende auf einem Bahnsteig steht und auf den Zug wartet, wird es bemerkt haben: die Bundeswehrgelbesoldaten, die ins Wochenende oder zurück in die Kaserne fahren, tragen Uniform. Das war vor zehn Jahren noch anders. Damals konnte man davon ausgehen, außerhalb des Dienstes nur die Wehrpflichtigen in Uniform zu sehen, denen dieser Job richtig Spaß machte; die anderen verbrachten ihre Freizeit in Zivil. Diese Veränderung dürfte kaum darauf zurückzuführen sein, daß die kleingefleckten Tarnanzüge schicker sind als die alten olivgrünen Kittel. In einer Zeit, in der man sich eine Weltkarte an die Wand pinnen und bunte Fähnchen überall dorthin stecken könnte, wo deutsche Soldaten im Einsatz sind, ist das Prestige des Militärs so hoch wie lange nicht. Kein Wunder. Während der Blockfrontation war die Legitimation der Bundeswehr der »Verteidigungsfall« – ein Krieg also, der sich zum großen Teil im eigenen Territorium abspielen würde. Aus der Angst vor einem Atomkrieg in Mitteleuropa zog die Friedensbewegung der 80er Jahre viel von ihrer Mobilisierungsfähigkeit.

Heute gibt's den V-Fall nicht mehr; ebensowenig wie es Krieg gibt: Es gibt humanitäre Interventionen, begrenzte Militärschläge, Einsätze zur Krisenbewältigung, die Bereitschaft zur »Übernahme von Verantwortung« überall in der Welt... Der Fall, der eingetreten ist, ist die Offensive. Die Streitkräfte ergreifen die Initiative – das stärkt das Selbstvertrauen, auch das des letzten Panzergrenadiers, der den Wochenendurlaub im Tarnanzug antritt.

Allerdings dient die Offensive der westlichen Machtstaaten nicht einem klassischen Imperialismus. Die Welt ist erobert und aufgeteilt, die Konkurrenz zwischen den Führungsmächten äußert sich im Gemeinwesen von gemeinsamer Aktion und Rivalität; das Ziel besteht eher darin, den Laden zusammenzuhalten. Der Witz ist, dass dieses Ziel ohne verstärktes offensives, militärisches Vorgehen, die Absetzung eines unliebsamen Regimes oder eines Warlords, die Errichtung von zwei, drei, vielen Protektoraten, nicht zu erreichen ist. Die Gelegenheiten zur »Übernahme von Verantwortung« werden zunehmen, die Frage Krieg oder Frieden wird sich an vielen Orten immer häufiger und drängender stellen, und keine politische oder Menschenrechtsgruppe wird um sie herum kommen.

Unter diesen Bedingungen wird Friedenspolitik tatsächlich zu einer revolutionären Aufgabe. Geht es dieser Politik ernsthaft um den Frieden, wird sie transnational und pazifistisch sein müssen.

Versagt hat vor der Frage Krieg oder Frieden jede Art von Realpolitik. Die Bedeutungslosigkeit, in der die Friedensbewegung verschwunden ist, resultiert aus ihrer Angelegenheit, sich den Kopf der Regierenden zu zerbrechen und gut durchdachte Alternativvorschläge

zu unterbreiten (»zivile Konfliktbearbeitung«), ohne einen Gedanken darauf zu verwenden, ob die staatliche Politik an derartigen Alternativen überhaupt interessiert ist; und falls nicht, warum nicht... Gerne bewegte sich die Friedensbewegung im internationalen Rahmen: wie die Beziehungen zwischen den Staaten friedlich geregelt werden könnten, war und ist von hohem Interesse. Ob die Beziehungen zwischen Staaten überhaupt dauerhaft friedlich sein können – diese Frage wurde hier sowenig gestellt wie unter den AnhängerInnen des nationalen Befreiungskampfes; man hatte beiderseits Wichtigeres zu tun. Der kleinste gemeinsame Nenner scheint der Rückgriff auf allerlei Gewalt- und Zwangsmethoden zu sein, die man im Grunde ja mißbilligt, ohne welche aber leider nicht auszukommen wäre. Die zwangsläufigen Auswirkungen des Mittels Gewalt – politisch, sozial, psychisch – auf jedes Ziel wurden recht zurückhaltend erörtert.

Bis heute erhebt in Deutschland nur eine Minderheit in der Minderheit die grundsätzliche, oppositionelle Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht; und wenn sie denn aus finanziellen Gründen und militärischen Effizienzerwägungen abgeschafft werden sollte, dann wird das friedenspolitisch die gleiche Wirkung haben wie die jährliche Rekordzahl an Kriegsdienstverweigerern: gar keine. Über die friedenspolitische Effizienz der grünen Partei ist jedes Wort zuviel. Bemerkenswert ist dieser Verein nur noch wegen der Dummdreistigkeit, mit der er behauptet, noch immer Teil der Friedensbewegung zu sein. Diese Feuerwehr löscht mit Benzin.

Ein Pazifismus, der, weil er's ernst meint mit dem Frieden, das Militär aus der Welt schaffen will, und sei es nur, weil er weiß, daß der menschliche Körper für die, auch friedenserzwingende oder befreiungskampfmäßige, Konfrontation mit Stahlmantelgeschossen nicht ausgelegt ist – dieser Pazifismus wird anders vorgehen müssen. Klar ist, daß sich jede Identifikation mit Staaten verbietet, die für universale Menschen- und Freiheitsrechte in den Krieg ziehen: dieser Feldzug an sich ist es schon, der jene Rechte bis zur faktischen Abschaffung einschränkt. Je rabiatere die bürgerliche Demokratie neben den Waren ihre Werte in die Welt zu exportieren versucht, desto greller wird sie zur Operette. Wer in dieser nicht mitwirken will, kann statt dessen umfassend verstandene Kriegsdienstverweigerung unterstützen; in Deutschland an der Seite totaler KDVer und transnational in der Kooperation mit entsprechenden Gruppen oder Initiativen anderer Länder. Sobald es auch um die Verweigerung von in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen geht, kommt Asyl- und Flüchtlingsarbeit mit ins Spiel.

Ein gutes Beispiel transnationalen Pazifismus ist die Kooperation mit den KDVer-Initiativen in der

Türkei. Anfang der 90er Jahre entstanden die ersten Gruppen in einem vollständig militarisierten Land mit einer – wo noch vorhanden – vollständig militarisierten Linken. Daß die KDVer in der Türkei sich ihre Handlungsfähigkeit unter schwierigsten Bedingungen bewahren konnten, ist auf die erfolgreiche transnationale Solidaritätskampagne ebenso zurückzuführen wie auf die Konsequenz, mit der die türkischen KDVer-Initiativen ihren Ansatz verfolgt haben. Der Erfolg hätte noch größer sein können, wenn sich in ihrem Umfeld nicht so hartnäckig das Vorurteil gehalten hätte, eine grundlegende Änderung der Verhältnisse sei ohne Gewalt unmöglich. Dennoch ist hier etwas Neues in die türkische Gesellschaft getragen worden: der Gedanke, daß der Kampf nicht um die Macht, sondern gegen sie zu führen ist. Mit ihm erst öffnet sich die Chance, die Operettendemokratie vom Spielplan zu nehmen und sie durch etwas anderes als eine Operettenrevolution zu ersetzen. In einer Welt unterschiedlichster Gewaltverhältnisse ist Gegengewalt bestenfalls ein Emblem der Revolution; die tatsächlich radikale Handlung ist die Aufkündigung des Gewaltkonsenses. Die militärische Eroberung von Macht schafft keinen Freiraum mehr; ein solches Machtgebilde kann, wenn es nicht gleich wieder in den Weltmarkt integriert wird, seine staatliche Unabhängigkeit nur noch über eine innenpolitische Repression aufrechterhalten, die um so härter wird, je mehr der äußere Druck ansteigt – was sich selbst schon bei quasistaatlich organisierten Nationalbewegungen wie der PKK beobachten ließ.

Transnationale Solidarität verläßt den Bezugsrahmen staatlicher Beziehungen oder nationaler Kollektive; sie äußert sich in der selbstorganisierten Zusammenarbeit mit Menschen, die unabhängig von staatlichen oder quasistaatlichen Institutionen ähnliche Kämpfe zu bestehen haben. Immer wieder überrascht, was im Laufe einer solchen pragmatischen Kooperation an inhaltlichen Übereinstimmungen oder Differenzen zu Tage tritt. Zwar wird man dabei gegenwärtig kaum auf andere als relativ marginalisierte Gruppen stoßen – hat diese Politik zur Zeit doch durchaus den Charme des Vorhabens, einen Waldbrand mit dem Waschlappen zu ersticken. Aber ein anderes Löschmittel ist nicht greifbar, und: »uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun.«

Christian Axnick ist Mitglied der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Hessen).

Die DFG-VK organisiert am Samstag die AG zu Globalisierung der Friedensbewegung.

Fundamentalismen der kapitalistischen Moderne

-- GAZI CAGLAR

Die Anschläge in New York und Washington am 11. September 2001 haben eine weltweite politische Lawine in Gang gesetzt, die religiösen Wahn zum Realitätsprinzip erhebt. Dieser Wahn wirkt auf allen Seiten, führt die einen in »heilige Kriege«, die anderen in »hei-

lige Allianzen« mit dazugehöriger Disziplinierung der Gesellschaften und Köpfe. Die Anschläge waren abscheulich, ihre Urheber wären mit den Mitteln der Justiz zu verfolgen und zu bestrafen. Politisches Denken, das seine Sprengkraft aus dem Interesse an der Be-

seitigung entwürdigender Verhältnisse zieht, darf aber bei Bestürzung und Trauer nicht stehen bleiben. Es muss zum Denken des Zusammenhangs und seiner Veränderbarkeit werden, dass solche Gefühle als notwendiges Moment einschließt.

che Waffen, neuartige Seuchen, ökologische Katastrophen, Bürgerkriege, Verbrechen und Terrorismus. Die Vorstellung, irgendeine Gesellschaft könnte sich gegen diese Folgen isolieren, ist überall abwegig, in der Peripherie wie in der Metropole.

Man kann den fundamentalistischen Terror nicht erklären, ohne einen Blick auf das entgrenzte »Eigene« zu werfen, auf die ökonomisch-kulturelle und militärische Kolonisierung, die vom globalisierten »Westen« ausgeht, eine Kolonisierung, die eine terroristische Vereinheitlichung vorgefundener Sprachen und Wahrnehmungsformen betreibt. Wie Piraten fallen die Mächte der kapitalistischen Moderne unter dem Banner der Menschenrechte und im Schlepptau NATO und Hollywood in das »Andere« ein und plündern den Schatz der alten Imaginationen und alten Weltbilder. Die kapitalistische Moderne ist eine Land nehmende Macht, aber auch eine Macht der Benennung, welche die alten Namen und Traditionen auslöscht. Nach Edward

DER FUNDAMENTALISMUS DES 11. SEPTEMBER

Die Attacken waren weder ein »Anschlag auf die Freiheit« (Schröder) noch auf »die Zivilisation« (Bush) oder »den Westen«. Nach Analyse des US-Ideologen Samuel Huntington wurden vielmehr »das World Trade Center als Symbol des Kapitalismus und das Pentagon als Symbol amerikanischer Militärmacht« getroffen – konkrete Symbole der USA nicht als »Olymp der Freiheit und Demokratie«, sondern als Symbole materieller und mentaler Größe des Imperialismus, nicht als Zentrum der Zivilisation, sondern als Symbole einer übriggebliebenen Supermacht mit Anspruch auf Weltführung.

Die Attentäter operierten dabei in einer unglaublichen Verbindung von High-Tech-Teufelsaustreibung und politischem Atavismus; geleitet wurden sie von einer verbrecherischen Reduktion von Politik auf Apokalyptik. Von der Bildlogik der durchmedialisierten kapitalistischen Gesellschaft inspiriert, gestalteten sie das Massaker zum Medienspektakel. Sie, die im Dunkeln des Todes bleiben werden, können ihre »Hintermänner« nicht mehr verraten.

Kaum Erklärungskraft haben in dieser Situation die Verschwörungstheorien nacheifernden Verwicklungsszenarien. Von politischem Kurzschluss-Denken zeugt dabei die Schlussfolgerung, die Anschläge seien eine unvermeidliche Folge des US-Imperialismus oder der gegenwärtigen Stufe kapitalistischer Verhältnisse. Solches Denken entschuldigt die Täter, die jedoch für ihre Taten verantwortlich sind. Ein Diskurs, der den Islamismus primär als eine Antwort auf den Imperialismus liest, vergisst, dass er eine im Wesentlichen von Mittelschichten getragene Bewegung ist, die fleißig an der weiteren Versklavung der Ohnmächtigen arbeitet. Dabei wird ein binäres Schema von Erster und Dritter Welt reproduziert und die soziale Ursachenforschung auf die böse US-Machtpolitik reduziert. Scheinbar anti-imperialistische Denkmuster verbünden sich so zu einer auch hierzulande objektiv vorhandenen Allianz der »klammheimlichen Genugtuung«, wobei Antiamerikanismus und Antisemitismus in Deutschland wahlverwandt zu sein scheinen. Sie dämonisieren die USA und unterscheiden nicht zwischen der Objektivität einer gewaltförmigen US-Machtpolitik als Ausdruck der Totalität kapitalistischer Vergesellschaftung und der Subjektivität ihrer vergleichenden und personalisierenden Interpretation als spezifischem »Yankee-Imperialismus«. Die Übel der kapitalistischen Weltordnung allein an den USA festzumachen ist schon vom Ansatz her zu kurz gedacht, da die ideologische Akzeptanz des Kapitalismus universal ist. Falsch ist diese Interpretation aber auch deshalb, weil sie die Kampfalternativen der Unterdrückten der Peripherien reduziert und vergisst, dass es auf Ausbeutung und Herrschaft auch eine sozial und politisch fortschrittliche Antwort geben kann.

DER FUNDAMENTALISMUS DER METROPOLLEN

Allerdings muss sich sozialkritisches Denken nicht nur jeder Rechtfertigung des Terrors, sondern auch der demonstrativen Solidarität den USA verweigern. Angesichts einer ungebrochenen Kette an Massakern auf unserem Planeten zeugen nicht nur die Terroranschläge, sondern auch die weltweit verordnete Trauer offizieller Eliten und die scheinbare Massenhaftigkeit der medial erzeugten Betroffenheit von einmaliger Brutalität. Unweigerlich lassen sie die inhumane Frage aufkommen, ob denn ein US-amerikanisches Leben mehr wert ist als ein afghanisches, kurdisches, ein palästinensisches, ein schwarzafrikanisches etc.

Tatsächlich deuten das Erstaunen und die Empörung über die Brutalität des Anschlags in den Metropolen auf zweierlei. So sehr sie einerseits

aufrichtige Zeichen berechtigter Verabscheuung von massenhafter Vernichtung von Menschenleben sind, speisen sie sich andererseits aus einem naiven Vertrauen in die friedfertige Normalität des kapitalistischen Weltsystems und dessen politischer Verfassung. Groß und verbreitet ist die Annahme, dass Gewalt und Krieg, Terror und Barbarei von außen in die »westliche Welt« einbrechen. Die massenmedial vermittelte Scheingewissheit einer Alternativlosigkeit der kapitalistischen Weltwirtschafts-(un)ordnung mit ihren



bürgerlich-demokratischen Regimen in den Metropolen und den Menschenrechten als moralischem Exportgut verbündet sich mit dem Angst besetzten Interesse an der Aufrechterhaltung und Fortsetzung des eigenen, offenbar bedrohten Lebens zur Erleichterungs- und Ermöglichungskulisse der brutalen Kriegsführung der eigenen Herrschaften. Groß ist die Zahl der Profiteure und Verwalter einer bis zum Himmel stinkenden »ungerechten« Weltwirtschaftsordnung in den Metropolen und breit die Schichten ihrer intellektuellen und moralischen Rechtfertigungskroketten in der Zivilgesellschaft.

Das Angst dominierte Bewusstsein um die eigene Komplizenschaft mit dem Bestehenden, das Bewusstsein, von den krassen Missverhältnissen zwischen der »westlichen Zivilisation« und dem »Rest« zu profitieren, siegt über die aufrichtigen Gefühle der Abscheu und der Empörung, die sich andernfalls zur kritischen Erkenntnis des barbarischen Charakters der falschen Verhältnisse verdichten müssten.

DIE RELIGION DES KAPITALS

Die Gewalt des Hungers, der Armut, der Reduzierung fruchtbarer Landes, die hochmilitarisierte Unterdrückung, all dies nährt eine komplexe, sich langsam, aber erbarmungslos drehende Spirale der Gewalt, die sich in den globalen Norden bewegt. So fordert die im Interesse Weniger gezogene Grenzlinie, welche die digitalisierte Metropolenwelt von der Wüste der Realität der Peripherien trennt, immer größere Sicherheitsmaßnahmen zu ihrer Aufrechterhaltung. Langsam wird die Imagination einer Show- und Traumwelt durch den Einbruch der darunter liegenden brutalen Wirklichkeit destruiert. Immer deutlicher wird, dass die metropolitanen Menschen in einem isolierten, künstlichen Universum leben. In Wahrheit gibt es keinen externen Raum für menschenfeindliche Handlungen: Gewalt und Terror schlagen nicht »von außen« auf die »Zivilisation« zurück, sondern werden in ihr und durch sie erzeugt und freigesetzt. Überall auf der Erde folgen dem Weltmarkt und seinen Finanz- und Wissensströmen auch plötzliche ökonomische Zusammenbrüche, hochgefährli-

Said geht die kulturelle Codierung und Narrativierung dem materialen Ausgreifen der imperialen Gesellschaften und ihrer Systeme sogar voraus: »Die Kraft, zu erzählen oder andere Erzählungen in der Entstehung oder Entfaltung zu behindern, ist für Kultur und Imperialismus hoch bedeutsam.«

Seit dem Ende des Kalten Krieges werden die einfältige Beschwörung des Realitätsprinzips und die Wut auf das Un-Mögliche und Un-Denkbares fortlaufend verstärkt, unablässig wird das Ende der Geschichte und aller Utopie verkündet, um die letzten Zweifel an den Litaneien der Deregulierung und der Zurichtung aller Lebensverhältnisse durch die »Religion des Kapitals« (Derrida) zu beseitigen. Die islamistischen Bewegungen mit ihrer hochgradig gefährlichen Mischung aus politischen Wahnvorstellungen, selbstzerstörerischer Energie und weit entwickelten technischen Fertigkeiten spielen dazu nur die Begleitmusik. Hat der Wahn der Attentäter nicht auch etwas damit zu tun, dass es unheimlich schwer geworden ist, irgendeine berechnete Angelegenheit der »Verdamnten dieser Welt« in der medial vermittelten Öffentlichkeit überhaupt zur Nachricht zu bringen, geschweige denn zur Einflussreichen, also Veränderung bewirkenden politischen Aktivität? An Seattle und Genua knüpft sich deshalb die Hoffnung, dass die unterschlagene Wirklichkeit des Kapitalismus dessen mediale Abschirmung durchbricht.

Gazi Caglar arbeitet als Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover und publizierte u. a. zu Fragen der Nationalismustheorie und der interkulturellen Gewerkschaftsarbeit. Zuletzt erschien von ihm »Der Mythos vom Krieg der Zivilisationen. Der Westen gegen den Rest der Welt. Eine Replik auf Samuel P. Huntington »Kampf der Kulturen« (2001).

Gazi Caglar diskutiert am Donnerstag, 9. Mai, auf dem Podium »Globalisierung und Imperialismus«.

ERSTAUFFÜHRUNG: SECRETS OF SILICON VALLEY

Die andere Seite der e-Revolution

SECRETS OF SILICON VALLEY pulverisiert in 60 Minuten das Fantasma der scheinbar klassenlosen Internetrevolution. Das Silicon Valley ist nicht nur die Hightech-, sondern auch die Kapitalhochburg der USA. Fernab von e-Hype, Venture-Capital-Millionen und dot-com-Parties schufteten im Tech-Delta Jahr und Tag Tausende für Hungerlöhne. Die FilmemacherInnen Deborah Kaufmann und Alan Snitow portraituren zwei AktivistInnen in der verborgenen Welt der high tech sweatshops.

Mehr zum Film unter:
www.startupdotcom-themovie.com
und www.secretsoftsiliconvalley.org
(»Secrets of Silicon Valley«, Produktion & Regie Deborah Kaufmann, Alan Snitow, USA, 2001, 60 Min.)

Der Film wird am Samstag, 11. Mai um 14.30 Uhr auf dem BUKO 25 gezeigt. Mit einer Einführung ins Thema von Kirstin Huckenbeck (express).

Vorschlag zu einer europaweiten Sozialen Befragung im Jahr 2004

In mehreren Ländern Europas hat die Vorbereitung für eine von sozialen Bewegungen und Netzwerken durchgeführte Befragung (Consulta) begonnen, die zeitgleich mit den 2004 stattfindenden Europaparlamentswahlen stattfinden und sich inhaltlich auf die Konsequenzen der kapitalistischen Globalisierung beziehen soll. Ziel ist eine breite Debatte über ein Europa der sozialen Gerechtigkeit und der internationalen Solidarität. Die Befragung orientiert sich an ähnlichen Projekten in Mexiko oder Brasilien.

Infos zum 1. europäischen Vorbereitungstreffen im Herbst: www.consultaeuropea.org und consultasocialeuropea_madrid@elistas.net

Die Initiative einer europaweiten Befragung wird auf dem BUKO am Samstag, 11. Mai um 15.30 Uhr von Stefan Armbrorst (Madrid) vorgestellt.

Nichts mehr gegen Kuba

-- INTERVIEW MIT VERÓNICA GAGO UND DIEGO STZULWARK VOM COLECTIVO SITUACIONES AUS BUENOS AIRES

Das Colectivo Situaciones ist ein Zusammenschluss von AktivistInnen mit akademischem Hintergrund (»investigadores militantes«, wie sie sich selbst bezeichnen) in Buenos Aires, die in sozialen Bewegungen arbeiten und über sie forschen. Sie geben mehrere Zeitschriften heraus (u. a. »situaciones«) und spielen

in der radikalen Linken in Argentinien eine wachsende Rolle.

Für langjährige BeobachterInnen der Lage in Argentinien war die Eskalation der politischen und wirtschaftlichen Krise im Dezember letzten Jahres keine große Überraschung. Doch die Heftigkeit der Proteste gegen die staatliche Politik

erstaunte selbst die AktivistInnen vor Ort. Voraussetzungslos waren sie trotzdem nicht, wie V. Gago und D. Stzulwark vom Colectivo Situaciones betonen. Denn trotz Militärdiktatur und Neoliberalismus gibt es auch in Argentinien eine lange Geschichte des sozialen Widerstands.

risch. Sie werden zu einer Art Vorbild für die großen Städte. Die Kämpfe nehmen seit 1995 kontinuierlich zu. Die Politiker reagieren ratlos: Sie wollen den Anliegen der Protestierenden mehr Geld zubilligen, machen dies aber nicht, um beim IWF weiterhin kreditwürdig zu sein.

Anfangs waren die Piqueteros überhaupt nicht vernetzt. Sie kannten sich nicht einmal. Das änderte sich, als 2001 ein sehr großes Piquete in Mosconi im Nordwesten unterdrückt wurde und es mehrere Tote gab. Da erhoben sich alle Piqueteros im Süden der Stadt Buenos Aires solidarisch.

Was ist das Herausragende an dieser Bewegung der Piqueteros?

Diego: Zum einen handelt es sich um die erste radikale Bewegung seit der Diktatur. Sie kämpft für ihre Rechte, ohne vom Terror der Diktatur gezeichnet zu sein. Zum anderen verkörpern die Piquetes einen Kampf für Gerechtigkeit und Würde – und dies unter Bedingungen, in denen der Staat und die traditionellen Parteien nicht mehr die geeignete Form des Kampfes sind. Die traditionellen marxistischen, revolutionären Ansätze, insbesondere die Orientierung auf die Übernahme staatlicher Macht, werden abgelehnt.

Natürlich gibt es auch innerhalb der Bewegung Differenzen: Die Moderaten glauben noch immer an Inklusionsprozesse innerhalb des kapitalistischen Systems. Das birgt die Gefahr, dass die Kategorien »Arbeitsloser« und »Piquetero« von der Politik aufgesogen werden. Man könnte die Piquetes mit dem Zapatismus in Mexiko vergleichen. Auch die Zapatistas wollen soziale Verhältnisse umfassend verändern. Das findet zwar lokal statt, aber sie laden die ganze Welt ein, an diesem Suchprozess teilzunehmen.

Viel stärker mit dem Aufstand vom 19. Dezember verbunden sind jedoch die Cacerolazos, die Kochtopfdemos. Handelt es sich bei den Piqueteros um eine Bewegung der Unterklasse und bei den Kochtopfdemos und Versammlungen um eine Bewegung der Mittelklasse?

Verónica: So interpretieren es die Medien. Das ist aber sehr vereinfacht. Es handelt sich vielmehr um zwei komplementäre Artikulationsformen einer gemeinsamen Suche, die weniger mit Klassenfragen zu tun haben, als damit, an welchen Orten sie entstehen. Die Versammlungen nach dem 19. Dezember haben die langjährigen Erfahrungen der Piqueteros zur Voraussetzung.

Wie hat sich der 11. September 2001 in Argentinien ausgewirkt?

Verónica: Es gibt eine mehr oder weniger offene, aber recht breit geteilte Schadenfreude mit dem Verweis auf die interventionistische

und imperialistische Politik der USA in Lateinamerika. Ein Indikator dafür mag der bescheuerte Vergleich zwischen den Toten von Hiroshima und denen der Anschläge sein. Auf Demos wurden in einigen nationalistischen Blöcken Bilder von Bin Laden gezeigt. Bin Laden ist vielen sympathisch, weil es so absurd ist, wie die USA ihn dämonisieren. Das Zentrum des Imperialismus benötigt einen zu dämonisierenden Gegner. Insofern wird die Figur des Bin Laden dazu benutzt, um gegen die USA zu protestieren.

Diego: Darüber hinaus wirft der 11. September Fragen auf. Zum Beispiel, ob und wie der 11. September das Verhältnis zwischen den sozialen Kämpfen und der Macht verändert. Zu Beginn schien das der Fall zu sein. Die Wahrnehmung war: Die Macht kann die Ordnung nicht mehr garantieren. Die Leute sahen, dass es neben dem Imperialismus und dem Kapital noch andere Mächte gibt, die agieren können. Es ging gar nicht darum, den 11. September zu bewerten, sondern lediglich um das Wissen darum, dass Macht immer angreifbar ist.

Verónica: Mit den Ereignissen seit dem 19. Dezember wurde der 11. September jedoch als politischer Bezugspunkt ausgelöscht. Direkt nach den Anschlägen gab es Befürchtungen, dass nun ganz Lateinamerika militarisiert werden könnte, ähnlich wie mit dem »Plan Colombia«. In allen Versammlungen wurde diskutiert, dass es seit letztem Jahr Pläne gibt, in Feuerland und Zentralargentinien Militärbasen der USA einzurichten und dafür auch schon Land gekauft wurde. Argentinien war der wichtigste Verbündete der USA in Lateinamerika. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ist heute gegen jede Art von militärischen Plänen oder jene »Sicherheit«, wie die USA sie verstehen.

Bis zum 19. Dezember war die öffentliche Wahrnehmung die, dass die engen Beziehungen zu den USA Vorteile hätten. Die Mittelklasse konnte nach Miami reisen, Argentinien bekam Unterstützung von den USA usw. Das hat sich nun vollkommen verändert. Bei einem der sonntäglichen Treffen aller Versammlungen der Stadt Buenos Aires kann man beispielsweise heute nichts mehr gegen Kuba oder etwas zugunsten der USA sagen.

Das Interview führten Bettina Köhler und Ulrich Brand im Februar in Buenos Aires.

Diego Stzulwark diskutiert am Donnerstag, 9. Mai, auf dem Podium »Globalisierung und Lateinamerika«.

Wie habt ihr die großen Protestaktionen vom 19. und 20. Dezember 2001 erlebt?

Diego: Als wir in den Zeitungen lasen, dass die Regierung den Ausnahmezustand erklären will und das Militär auf die Straße geht, war uns klar, dass das Repression bedeutet, insbesondere gegen die politischen Aktivisten. Wir dachten, es würde sich der Militärputsch vom März 1976 wiederholen. Wir waren unglaublich deprimiert. Auf einmal hörten wir, dass Kochtöpfe geschlagen wurden. Wir telefonierten mit unseren Freunden und die sagten, dass das überall passierte. Wir gingen auf die Straße und sahen Hunderttausende von Menschen, Straßensperren, Barrikaden mit Feuer, die öffentlichen Plätze besetzt. Der Wirtschaftsminister trat zurück und die Regierung meinte, damit würden die Proteste aufhören. Aber die Leute demonstrierten bis vier, fünf Uhr morgens.

Am nächsten Tag ging die Repression los. Im Stadtzentrum gab es einen wahren Bürgerkrieg. Immer mehr Menschen stießen vor, die Polizei drängte sie sehr gewaltsam zurück. Offiziell gab es etwa 30 Tote.

Gibt es Vorläufer dieser scheinbaren sozialen Explosion?

Diego: Es erschien alles wie eine Explosion, weil bislang 90 Prozent der ArgentinierInnen – die Mittelklasse oder die Jugendlichen, die in Buenos Aires leben – die Augen davor verschlossen hatten, was wirklich im Land geschah. Es gab schon lange Prozesse sich formierenden Widerstands. Zwei Aspekte sind zentral: Zum einen die Militärdiktatur von 1976–83 und zum anderen die Regierung Menems von 1990–98. Beides führte zu einer starken ökonomischen, politischen und kulturellen Marginalisierung von immer mehr Menschen.

Am 19. Dezember reartikulierten sich alle Fragmente der verlorenen Kämpfe der letzten 25 Jahre. Als wir am 19. auf die Straße gingen, sangen z. B. einige der älteren Nachbarn anti-britische Lieder, die an den verlorenen Malvinen-Krieg zu Beginn der 80er Jahre erinnern. Das macht in der aktuellen Situation natürlich keinen Sinn, aber das sind Leute, die damals Angehörige verloren und die sich seither nicht mehr politisch geäußert haben. Andere sangen »An die Wand, an die Wand, Politiker!« Denn eine der wichtigsten Parolen der Demokratie-

bewegung gegen die Militärs hieß »An die Wand, Militärs!«. Ein wichtiger Vorläufer der aktuellen Proteste waren die Kämpfe gegen die Privatisierungen, die in den 90er Jahren eine fürchterliche Niederlage erlitten. Außerdem gab es die Mütter von der Plaza de Mayo und vieles mehr.

Seit Mitte der 90er Jahre kam es immer wieder zu spontanen, unorganisierten Aufständen. Es revoltierten vor allem die Ärmsten, die Ausgeschlossenen, nicht die Industriearbeiter, die noch in den 60ern die Kämpfe anführten. 1995/96 entstanden im Binnenland die so genannten Piquetes. Das sind vor allem Straßensperren an strategischen Punkten wie den Haupthandelsstraßen nach Brasilien und Paraguay. In wenigen Wochen gab es an sehr vielen Orten Piquetes: Die Straße wurde gesperrt, die AnwohnerInnen kamen, es wurden Zelte aufgestellt und Essen gemacht. Dann zwangen die Piqueteros die Politiker, zu ihnen zu kommen. Konkrete Forderungen waren Arbeit, Unterstützung für kleine Unternehmen und deren Angestellte, Unterstützung von Frauen, Nahrung oder Freiheit für die Gefangenen.

Wie reagierte der Staat darauf?

Verónica: Von staatlicher Seite gab es in der Regel Zugeständnisse wie z. B. Beschäftigungspläne. Als die ersten Piqueteros erfolgreich waren, haben die nächsten angefangen. Nach dem Regierungswechsel 1999 in der Provinz Corrientes wurde das erste Piquete mit Gewalt beendet, was zu den ersten beiden Toten führte.

Inwieweit ging diese Entwicklung mit Organisationsprozessen einher?

Diego: Es gab eine erste Welle, Arbeitslosengewerkschaften zu gründen. Da diese aber nicht auf traditionelle Strategien wie Streiks zurückgreifen konnten, entwickelten sie eigene Formen: Straßensperren, Demonstrationen und andere direkte Konfrontationen.

Die Piquetes, die am weitesten im Hinterland lagen, konnten am ehesten unterdrückt werden. Für die Mittelklasse in Buenos Aires sind die dortigen Menschen ohnehin »Halb-Indios«. Und solange die nicht nach Buenos Aires kommen, haben sie politisch wenig Einfluss, weil hier die wichtigen Wahlbezirke sind. Dennoch sind die Piqueteros sehr kämpfe-

Anmeldung und Information
www.buko.info
BUKOH@t-online.de

Ort
Frankfurt/Main,
Joh. W. Goethe-Universität (Campus)

Anreise

U-Bahn:
Station Bockenheimer Warte;
Linie U4 vom Hbf.; Linie U6/U7

Mit dem Auto:
Richtung Frankfurt Bockenheim/
Messe;
Uni-Campus: Senckenberganlage
Ecke Bockenheimer Landstraße

Anmeldung

BUKO 25 vom 9. - 12. Mai 2002
Ort: Frankfurt/Main, Joh. W. Goethe-Universität

Name / Gruppe: _____

Wieviele Personen: _____

Anschrift: _____

e-mail: _____

Die leidigen Kosten

Teilnahme-Gebühr (ermäßigt): 35,- €
(nach Selbsteinschätzung; enthalten sind: politische Inspiration, Schlafplatzvermittlung, Fahrkostenerstattung*)
Normal-Tarif: 50,- € (wie oben)
Spezial-Royal-Soli-Tarif: 70,- € (wie oben, incl. Spende zwecks Gewissensberuhigung)
Für Verpflegung sorgen wir, Ihr müßt sie allerdings leider extra bezahlen. Wir versuchen natürlich, die Preise möglichst klein zu halten.

* Die Fahrtkosten werden anteilig erstattet (DB-Ticket, 2. Klasse mit Bahncard).
Der Eigenanteil beträgt 30 €.

Mitfahrgelegenheit anbieten / suchen möglich unter www.buko.info

Kinderbetreuung nötig:

Kinder: _____ Alter: _____
Do. Fr. Sa. So. (ankreuzen)

Schlafplatz (Anzahl):

Do. Fr. Sam.

Die Teilnahmegebühr von _____

habe ich am _____ überwiesen an:

VzF/BUKO, Konto-Nr. 234 389 bei der
Ev. Darlehensgenossenschaft,
BLZ 210 602 37, Stichwort TN BUKO 25

Datum _____ Unterschrift _____